

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249
April 2019

WAHL I

Welche Herausforderungen
der neue kongolesische
Präsident angehen muss

WAHL II

Bevorstehende Wahlen
in Malawi stärken
Demokratie wohl kaum

ANTIBIOTIKA

Gefährliche
Resistenzen weltweit
auf dem Vormarsch



Weltproblem Flucht

Weltproblem Flucht

Flüchtlingspolitik in Asien

In vielen Ländern Asiens erhalten Geflüchtete keinen ausreichenden Schutz, oft sind die Aufnahmeländer überfordert. Sussi Prapakranant, Programmleiterin des Asia Pacific Refugee Rights Network, erläutert im Interview, wie das Netzwerk Flüchtlingsorganisationen stärkt. Die Juristen Ridwanul Hoque und Ashraf Azad beschreiben die Situation der aus Myanmar geflüchteten Rohingya in Bangladesch. **SEITEN 19, 21**

Krisenherd Afghanistan

Afghanistan ist seit vier Jahrzehnten von Gewalt und politischen Krisen gebeutelt. Mahwish Gul, die Entwicklungsmanagement studiert, beschreibt die Situation hunderttausender afghanischer Flüchtlinge in Pakistan. Die US-Regierung verhandelt nun ohne die afghanische Regierung mit den radikal-islamistischen Taliban – was der Politikwissenschaftler Nawid Paigham für gefährlich hält. Bernd Leidner von der Afghan Credit Guarantee Foundation spricht sich dafür aus, kleine und mittlere Unternehmen zu fördern, um die wirtschaftliche Entwicklung zu beflügeln und den Aufbau des Landes voranzutreiben. **SEITEN 23–25**

Belastete Regionen

Im Libanon leben mehr als eine Million Syrer und Palästinenser. Für das Land, das selbst nur 6,2 Millionen Einwohner hat, und die Flüchtlinge bringt das viele Probleme mit sich, wie Mona Naggardarlegt, die als Journalistin in Beirut arbeitet. Auch Uganda hat mehr als eine Million Menschen aufgenommen, vor allem aus dem Südsudan. Die Flüchtlinge fühlen sich dort nach Beobachtungen des südsudanesischen Journalisten Ochan Hannington, der selbst in Uganda lebt, gut behandelt. Zu den wichtigsten Durchgangsstationen in Afrika gehört das nigrische Agadez. Was die EU-Politik dort bewirkt, erläutert der Journalist Ibrahim Manzo Diallo im Interview. **SEITEN 26–30**

Fluchtgründe

Menschen verlassen ihre Heimat aus den unterschiedlichsten Gründen. Walter Kälin, Gesandter der Präsidentschaft der Plattform on Disaster Displacement, erläutert im Interview die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Migration. Aus Honduras fliehen die Menschen vor Armut, Kriminalität und Staatsversagen. Wie es ihnen ergeht, beschreiben der Menschenrechtsverteidiger Dennis Muñoz und die Ethnologin Rita Trautmann. **SEITEN 31, 33**

Monitor

Kann Bioanbau die Welt ernähren? | FAO sieht Ernährungssicherheit bedroht | Übersehene humanitäre Krisen | Heutzutage: Debatte über Verhütungsmittel für Minderjährige in Sambia | Impressum **4**

Debatte

Kommentare zum Gesundheitsrisiko durch multiresistente Keime und zum Klimawandel als Risikofaktor für die Wirtschaft sowie ein Leserbrief **10**

Tribüne

ROLF DRESCHER
Malawi vor der Wahl – kein demokratischer Wandel erwartet **13**

JONATHAN BASHI
Die DR Kongo nach der Wahl – große Herausforderungen stehen bevor **16**

THERESA KRINNINGER
Leiterin der UN-Friedensmission in der DR Kongo warnt vor Budgetkürzung **17**

Schwerpunkt: Weltproblem Flucht

INTERVIEW MIT SUSSI PRAPAKRANANT
Defizite der Flüchtlingspolitik asiatischer Staaten **19**

RIDWANUL HOQUE UND ASHRAFUL AZAD
Miserable Lage der Rohingya in den Lagern in Bangladesch **21**

MAHWISH GUL
Afghanistan I: Das Schicksal afghanischer Flüchtlinge in Pakistan **23**

NAWID PAIGHAM
Afghanistan II: Verhandlungen mit Taliban ohne Regierung sind gefährlich **24**

BERND LEIDNER
Afghanistan III: Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen wichtig **25**

MONA NAGGAR
Schwerer Stand für syrische und palästinensische Flüchtlinge im Libanon **26**

INTERVIEW MIT IBRAHIM MANZO DIALLO
Agadez im Niger ist Durchgangsstation für viele afrikanische Flüchtlinge **28**

OCHAN HANNINGTON
Tausende Südsudanesen fliehen vor der Gewalt in ihrem Land nach Uganda **29**

INTERVIEW MIT WALTER KÄLIN
Wie Klimaveränderungen und Migration in Verbindung stehen **31**

RITA TRAUTMANN UND DENNIS MUÑOZ
Armut und Kriminalität treiben Honduraner in die Flucht Richtung USA **33**

Schlechtes Vorbild

Wir sind Zeugen einer globalen Bewegung erzwungener Migration. Millionen von Menschen müssen ihr Zuhause verlassen, weil bewaffnete Gruppen oder Naturkatastrophen sie vertreiben. Mitte 2018 gab es laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR weltweit 68,8 Millionen Flüchtlinge, Binnenvertriebene und Asylsuchende. Betroffen war also einer von 110 Menschen weltweit. Fast 60 Prozent überschreiten derweil keine nationalen Grenzen, sondern flüchten innerhalb des Staates, aus dem sie kommen. 52 Prozent der Geflüchteten weltweit sind Kinder unter 18 Jahren. Der UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi nennt das „inakzeptabel“.

Die meisten Menschen verlieren auf der Flucht alles. Auch wenn sie in der Heimat wohlhabend und respektiert waren – nun sind sie nur noch Habenichtse, die anderswo „durchgefüttert“ werden müssen. Vielfach werden Geflüchtete nur als teure Last betrachtet oder sogar kriminalisiert.

Die EU und die USA bauen virtuelle und reale Mauern, um Schutzsuchende fernzuhalten. Australien inhaftiert Asylsuchende für unbestimmte Zeit auf einsamen Inseln. Es ist ein Skandal, dass Nationen mit hohem Einkommen sich nicht an Artikel 14 der Allgemeinen Menschenrechte halten. Er besagt: „Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.“

Die Abschottungspolitik ist eine Reaktion auf fremdenfeindliche Stimmungen in der Bevölkerung, die zwischen Flucht und Wirtschaftsmigration überhaupt nicht unterscheidet. Zwar brauchen die wohlhabenden Staaten – nicht zuletzt auch aus demographischen Gründen – Zuwanderung. Sie verfolgen zumeist aber diesbezüglich keine stimmige Politik.

Auch anderswo wird das Menschenrecht auf Asyl oftmals ignoriert. Viele asiatische Länder haben keine Gesetze bezüglich Geflüchteten, was deren rechtliche Lage prekär macht.

Neun von zehn Schutzsuchenden retten sich in Entwicklungsländer – wie etwa Bangladesch, Pakistan und Libanon. Auch Uganda gehört dazu: 1,4 Millionen Menschen sind dorthin geflohen, zuletzt vor allem aus dem benachbarten Bürgerkriegsland Südsudan.

Auf die Fluchtursachen wird oftmals nicht geschaut. Die zentrale Frage ist jedoch: Wer ist mitverantwortlich? Politische Gewalt und Umweltkatastrophen – die häufigsten Gründe für erzwungene Migration – sind keine nationalstaatlich begrenzten Ereignisse.

Es gibt komplexe Wechselwirkungen. Oft wird beispielsweise übersehen, dass ökologische Krisen Gewaltkonflikte anfeuern oder dass Umweltkatastrophen in Kriegsgebieten besonders verheerend wirken. Wir haben es mit globalen Problemen zu tun, die gemeinsames Agieren der Weltgemeinschaft erfordern – und dazu gehört, Geflüchteten Schutz zu bieten.

Aus mehreren Gründen stehen Länder mit hohem Einkommen besonders in der Verantwortung. Sie haben das meiste Geld, die beste Infrastruktur und die stärksten Kapazitäten. Sie sind die Hauptverursacher des Klimawandels. Es hat zudem mit ihren geostrategischen Kalkülen, Rohstoffinteressen, Waffenexporten und den Spätfolgen des Kolonialismus zu tun, dass viele Länder nicht demokratisch regiert werden. Die Regierungen der etablierten Gebernationen neigen zudem seit Langem dazu, anderen zu predigen, was sie tun sollen. Dass sie nicht mit gutem Vorbild vorangehen, schadet ihrer Glaubwürdigkeit.

► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**



HANS DEMBOWSKI
ist **Chefredakteur von E+Z**
Entwicklung und Zusammenarbeit /
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fazit-communication.de

Fotos: Sengupta/Linear, picture alliance/Xinhua

Debatte



Superkeime unter Kontrolle bringen

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) erklärte 2019 multiresistente Keime zu einer der zehn größten Bedrohungen für die globale Gesundheit. Zunehmend können Infektionen wegen der Antibiotika-Resistenzen kaum mehr behandelt werden. Am schlimmsten trifft das Entwicklungsländer, erklärt die Wissenschaftlerin Mirza Alas vom South Centre, einer in Genf ansässigen Denkfabrik der Entwicklungsländer.

SEITE 10

Tribüne



Malawi vor der Wahl

Am 21. Mai 2019 finden in Malawi Wahlen statt. Auf den ersten Blick scheint dies ein demokratisch vorbildlicher Prozess zu sein, doch bei genauer Betrachtung trübt sich dieses Bild, analysiert Landeskenner Rolf Drescher.

SEITE 13

Historische, aber unperfekte Wahl

Nach mehreren Verschiebungen hat am 30. Dezember 2018 endlich die Präsidentschaftswahl in der DR Kongo stattgefunden. Ihr folgte der erste friedliche Machtwechsel in der Geschichte des Landes. Jetzt gibt es für den neuen Präsidenten Félix Tshisekedi jedoch große Herausforderungen, schreibt Rechtsprofessor und Entwicklungs-Consultant aus Kinshasa, Jonathan Bashi.

SEITE 16

BIOLANDWIRTSCHAFT

Ernährung der Zukunft

Experten sind sich uneinig darüber, ob der Biolandbau die Weltbevölkerung ernähren kann oder ob industrielle Landwirtschaft vonnöten ist, um alle Erdenbürger auf Dauer satt zu machen. Die Anhänger des Ökolandbaus haben gewichtige Pro-Argumente, denen sich auch die konventionelle Landwirtschaft nicht völlig entziehen kann.

Von Sabine Balk

Für den Biolandbau sprechen vor allem die weltweiten ökologischen Schäden an Klima, Böden und Gewässern. Die neuesten Zahlen des UN International Resource Panel von 2018 belegen, dass die konventionelle Landwirtschaft für viele Umweltschäden verantwortlich ist, wie etwa für 60 Prozent des Verlusts an Artenvielfalt, 24 Prozent der Treibhausgas-Emissionen und speziell in Deutschland für den Verlust von 75 Prozent der Insekten innerhalb der vergangenen 30 Jahre (NABU, 2017). Diese beeindruckenden Zahlen präsentierte Hartwig de Haen, emeritierter Professor für Agrarökonomie der Uni Göttingen und ehemaliger Funktionär bei der Food and Agriculture Organization (FAO), im März beim III. World Organic Forum in Kirchberg an der Jagst. Er wies weiter darauf hin, dass 33 Prozent des weltweiten Agrarlands mäßig bis stark degradiert ist und dass 61 Prozent der Fischbestände erschöpft sind.

Für die Anhänger des Ökolandbaus ist klar, dass ihre Methode die einzige Antwort auf diese Probleme sein kann. De Haen gibt aber zu bedenken, dass der Ökolandbau vor einem großen Problem steht, bevor er aus dem jetzigen Nischendasein herauskommen kann: Er müsse sicherstellen, dass er die Menge der benötigten Lebensmittel bereitstellen kann. Dass dies möglich ist, dafür spricht, dass es in Entwicklungsländern noch viel ungenutztes Ertragspotential gibt, sagt der Agrarexperte. Zudem würden dort viele Kleinbauern ohnehin eine arbeitsintensive Anbauweise ohne großen maschinellen und chemischen Einsatz betreiben, also quasi biologischen Anbau, ohne dafür zertifiziert zu sein.

Als nachteilig für den Biolandbau sieht de Haen allerdings, dass er wegen geringerer Erträge mehr Land braucht, um dieselbe Menge an Nahrungsmitteln zu produzieren wie konventionelle Landwirtschaft. Derzeit hat der Biolandbau an der weltweiten Agrarfläche einen Anteil von lediglich etwas über einem Prozent. De Haen sieht die Möglichkeit, diesen Anteil auf 20 Prozent steigern zu können, ohne mehr Land nutzen zu müssen. Im Gegenzug müssten dann aber zwei Dinge geschehen:

- eine Reduzierung von Verschwendung und Ernteverlusten um 25 Prozent,
- die Verringerung der für Tierfutter genutzten Fläche um die Hälfte, denn derzeit werden 33 Prozent des Ackerlands dafür genutzt. Das bedeutet, dass die westliche Ernährungsweise mit fleischlastiger Nahrung zugunsten von viel mehr pflanzlicher Kost ersetzt werden muss.

2050, wenn es erwartungsgemäß 10 Milliarden Menschen geben wird, diese durch Biolandbau ernähren zu können, ist

für de Haen zwar noch immer unrealistisch, aber nicht unmöglich. Er glaubt eher an eine Mischform: „Wir brauchen eine intelligente Kombination von verbesserten konventionellen und biologischen Anbaumethoden.“

Dieser Ansicht widerspricht Hartmut Vogtmann auf dem World Organic Forum. Der Wissenschaftler ist ein Pionier der Biolandwirtschaft und war der erste deutsche Lehrstuhlinhaber für ökologischen Landbau an der Universität Kassel: „Der Mittelweg funktioniert nicht.“ Seiner Meinung nach liegt der Fehler im System, das auf linearem Wirtschaftswachstum gründet. In diesem System seien immer die Bauern benachteiligt. Sie wurden immer abhängiger von industriellen Produkten wie Düngern und Pestiziden. Alternative Methoden seien kaum erforscht, weil die Forschung hauptsächlich von den großen Chemiekonzernen wie Bayer bezahlt werde, die Interesse am Einsatz von Chemikalien und Hybridsaatgut haben. Vogtmanns Fazit: „Wir brauchen eine große Ernährungswende.“ Die Gesundheit sollte im Vordergrund stehen, nicht der Profit. Konventionelle Lebensmittel seien zu billig, weil die versteckten Kosten wie Umweltzerstörung, Verlust an Biodiversität, zu geringe Entlohnung der Bauern et cetera nicht eingerechnet werden. Er sieht nicht nur die Poli-



Rakash Chinappa (vorne) aus dem Bundesstaat Karnataka ist einer von hunderttausenden Biobauern in Indien.

tik und Wirtschaft, sondern auch die Verbraucher in der Pflicht. „Alle müssen eine Verantwortung übernehmen, damit eine Veränderung der globalen Umweltpolitik möglich wird.“

Auch wenn Ökoprodukte in der westlichen Welt populär sind, machen sie in den Industrieländern noch immer nur einen geringen Anteil am Lebensmittelmarkt aus. In Entwicklungsländern existiert – bis auf wenige Ausnahmen (siehe Kasten unten) – dafür so gut wie kein Markt. Genaue Zahlen, wie hoch der Anteil des Ökolandbaus an der Agrarfläche und am Markt in einzelnen Ländern weltweit ist, liefert das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) aus der Schweiz. Es gibt jährlich zusammen mit der Internationalen Vereinigung der ökologischen Landbaubewegungen den Bericht State of Organic Agriculture in the World heraus. Dem zufolge hat Australien mit 58,

8 Millionen Hektar die größte ökologisch bewirtschaftete Landwirtschaftsfläche der Welt. Auf Platz 2 und 3 stehen Argentinien (3 Millionen Hektar) und China (2,3 Millionen Hektar). Obwohl der Bioanbau in den USA sehr gering ist, hat das Land den größten Markt für Bioagrарprodukte mit fast 40 Milliarden Euro im Jahr 2016. Das ist ungefähr die Hälfte des Gesamtmarktes von 80 Milliarden Euro. Nach den USA haben Deutschland (9,5 Milliarden Euro) und Frankreich (6,7 Milliarden Euro) den zweit- und drittgrößten Biomarktanteil.

Bei den Ausgaben für Bioprodukte gibt es interessanterweise wieder andere Konstellationen, wie Helga Willer, eine der Mitverfasserinnen des Berichts vom FiBL erläutert: Am meisten Geld geben die Schweizer mit jährlich 274 Euro pro Kopf aus, gefolgt von Dänemark mit 227 Euro und Schweden (197 Euro). „In Dänemark

sind zum Beispiel 30 Prozent der Eier auf dem Markt bio, da kann man nicht mehr von einer Nische sprechen“, meint Willer.

In absoluten Zahlen ist Ökolandbau aber immer noch eine Nische, gibt die Wissenschaftlerin zu bedenken. Während der weltweite Anteil an Bioagrарprodukten 1,4 Prozent ausmacht, sind es in Entwicklungsländern nur 0,5 Prozent, in Europa immerhin 7,2 Prozent. Bei Entwicklungs- und Schwellenländern hat Argentinien den größten Biomarkt, gefolgt von China, Uruguay und Indien. Und, so betont Willer, „der Ökolandbau ist in den vergangenen Jahren weltweit enorm gewachsen und wächst weiter.“

LINK

FiBL und IFOAM, 2018: State of Organic Agriculture in the world.

<https://shop.fibl.org/CHde/mwdownloads/download/link/id/1093/?ref=1>

Kostengünstige, moderne und ökologische Methode

In Schwellen- und Entwicklungsländern existiert noch so gut wie kein ökologischer Landbau (siehe Haupttext). Auch wenn die Kleinbauern in vielen Weltregionen mangels Alternativen ohne technische und chemische Hilfsmittel ihre Produkte anbauen, entsprechen sie nicht den Prinzipien und Regeln des Biolandbaus und sind nicht zertifiziert. Anbau ohne Kenntnisse über Bodennutzung, Fruchtwechsel oder Mischkulturen führt zu geringen Erträgen, Ernteverlusten und Bodendegradierung. Deshalb ist es wichtig, ökologischen Landbau mit Methodik zu betreiben.

Ein Vorreiter in Sachen Biolandbau ist Indien. Auf dem

Subkontinent gibt es zahlreiche regionale Initiativen (siehe Interview mit Anitha Reddy im Schwerpunkt, E+Z/D+C e-Paper 2019/02). Laut Helga Willer vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) gibt es in Indien über eine Million Biolandwirte, mehr als in jedem anderen Land. Nur die wenigsten davon produzieren für den Verkauf und haben Zugang zu Absatzmärkten. Das ist eines der größten Hindernisse für Bauern in Indien, sagt T Vijay Kumar von der Non-Profit-Organisation Rythu Sadhikara Samstha (RySS) aus Andhra Pradesh beim III. World Organic Forum in Kirchberg an der Jagst. Kumar berät die Regierung des südostindischen Bundesstaats, die sich

zum Ziel gesetzt hat, ihre Landwirtschaft auf Ökolanbau umzustellen. Die von RySS entwickelte Methode nennt sich „Zero-Budget Natural Farming“ (ZBNF). Sie beruht laut Kumar auf neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen, lässt aber zugleich indische Traditionen nicht außer Acht. Sie stellt laut Kumar eine kostengünstige, holistische Alternative zu konventioneller Landwirtschaft mit teurem Einsatz chemischer Dünger und Pestizide dar.

ZBNF stützt sich auf Methoden wie mikrobielle Saatgutbeschichtung durch Kuhurin, Inokulation – das ist eine Art Düngung – des Bodens mit Kuhdung sowie Mulchen des Bodens mit Pflanzen oder Pflanzenresten. Neben der Anbaumethode ist auch die Emanzipation der Landfrauen ein wichtiger Bestandteil des ZBNF. Die Initiatoren setzen auf Frauen als Wissensträger und Vermittler.

Das Programm erreicht laut Kumar in Andhra Pradesh mittlerweile 750 000 Bauern und soll stark wachsen. Die Regierung des Bundesstaates hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2024 alle 6 Millionen Bauern im Staat zu erreichen und bis 2026 die gesamte landwirtschaftliche Fläche auf Bioanbau umgestellt zu haben.

Von solch ehrgeizigen Zielen ist man in Afrika noch weit entfernt. Biolandwirtschaft ist auf dem Kontinent fast nicht existent.

Eine kleine Bewegung gibt es auf Sansibar, wo deutsche Biobauern den Anbau von biologischen Gewürzen initiiert haben. Das regte Bauern zum Nachahmen an, erklärte Juma Ali Juma, Agrarminister der zu Tansania gehörenden Insel auf dem World Organic Forum. Er sieht im Ökolandbau eine große Chance für Sansibar und ganz Afrika. (sb)

ERNÄHRUNG

Bedrohte Landwirtschaft

Die Ernährungssicherheit ist in Gefahr, weil Menschen die Artenvielfalt zerstören. Die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO fordert daher in einem aktuellen Bericht ein international koordiniertes Vorgehen.

Von Cerna Tork

In ihrem ersten Weltzustandsbericht zur Biodiversität in Landwirtschaft und Ernährung erklärt die FAO, warum Artenvielfalt essenziell für Landwirtschaft und Ernährung ist und was zu tun ist, um sie zu schützen.

Laut FAO spielen Wildtiere eine wichtige Rolle bei der Lebensmittelerzeugung, zum Beispiel, indem Vögel Schädlinge fressen. Außerdem sind drei Viertel der Kulturpflanzen auf Bestäuber angewiesen. Die FAO warnt, dass Bienen und andere Insekten verschwinden. Auch bestimmte Arten von Fledermäusen und Vögeln, die als Bestäuber dienen, sind vom Aussterben bedroht.

Wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge macht Biodiversität Ernährungssysteme generell widerstandsfähiger gegenüber Schocks. Bedroht ist sie nicht nur durch den Klimawandel, sondern auch durch invasive Arten, Urbanisierung, Um-

weltverschmutzung und die Übernutzung von Ressourcen. Zerstörerisches Konsumverhalten und nichtnachhaltige landwirtschaftliche Methoden spielen ebenfalls eine Rolle. Dazu gehören Übernutzung, Bodenverschlechterung und intensive Landwirtschaft im Allgemeinen. Erzeuger nutzen immer weniger Pflanzen- und Tierarten. Durch die industrielle Zucht wird die genetische Vielfalt der betroffenen Arten zudem immer kleiner.

Regierungspolitik schadet oder ignoriert Biodiversität häufig. Beispielsweise kann die Infrastrukturentwicklung schädliche Auswirkungen haben – etwa wenn neue Straßen, Dämme oder Bergwerke die Lebensräume von Wildtieren zerstören. Derartige Projekte haben dem Bericht zufolge Ökosysteme zersplittert, Lebensräume zerstört und Barrieren für die Wanderbewegungen der Arten geschaffen. Die Autoren schreiben, dass oft sogar sogenannte sanfte oder umweltfreundliche Entwicklungsmethoden Ökosysteme mit großer Artenvielfalt bedrohen.

Viele wichtige Aspekte sind wissenschaftlich noch nicht voll erforscht. Mehr Forschung ist zum Beispiel nötig, um Bestäuber, wild vorkommende Nahrungsmittel und wirbellose Tiere besser zu verstehen. Die FAO warnt, dass es schwierig sei, den

Wert eines Ökosystems genau zu bestimmen. Er sollte berücksichtigt werden, wird aber meistens als gegeben angesehen. Die Autoren halten eine standardisierte Methode für sinnvoll, um zu messen, was ein Ökosystem zur Wirtschaft beiträgt. Das könnte beispielsweise helfen, Politiker zu überzeugen und die Öffentlichkeit aufzuklären.

Im politischen Diskurs werden Landwirtschaft und Umweltschutz oft als Gegensätze wahrgenommen. Die FAO hält diesen Denkansatz für falsch. Sie spricht sich für mehr Zusammenarbeit zwischen Produzenten, Konsumenten, Vermarktern, Politikern, Behörden und Nichtregierungsorganisationen aus. Außerdem sei internationale Zusammenarbeit nötig. Die Autoren fordern wirksame Richtlinien und ihre strikte Einhaltung. Dafür seien finanzielle, technische und menschliche Ressourcen vonnöten.

Als positives Beispiel stellt der Bericht die Herangehensweise Mexikos für internationale und fachübergreifende Zusammenarbeit dar. Die mexikanische Biodiversitätskommission CONABIO (Comisión Nacional para el Conocimiento y Uso de la Biodiversidad) koordiniert Maßnahmen zum Schutz traditioneller landwirtschaftlicher Methoden mit Partnern in anderen mittelamerikanischen Ländern. CONABIO organisiert öffentliche und private Finanzierung, versorgt Bauern mit Geld und Saatgut und ermutigt sie, ihre Böden aufzuwerten, Brandrodung zu unterlassen und nachhaltige Methoden anzuwenden.

CONABIO stellt Informationen über Ernährungssicherheit, Naturschutz und Boden- und Wassernutzung bereit. Außerdem wirbt CONABIO für die Zertifizierung nachhaltigen Kaffeeanbaus. Diese stellt einen Anreiz für Bauern dar, da sie den Marktwert erhöht.

91 Länder haben Länderberichte für die Biodiversitätsstudie bei der FAO eingereicht. Die schlechte Nachricht ist, dass die Artenvielfalt abnimmt und die bisherigen Schutzmaßnahmen nicht ausreichen. Die gute Nachricht ist, dass Anstrengungen für den Erhalt von Artenvielfalt zunehmen. Immer mehr Akteuren wird klar, dass Biodiversität wirklich wichtig ist.

LINK

FAO 2019: The State of the World's Biodiversity for Food and Agriculture.
<http://www.fao.org/3/CA3129EN/CA3129EN.pdf>

Bestäuber sind nicht mehr selbstverständlich: Biene in einer Apfelblüte.



HUMANITÄRE KRISEN

Was die Weltöffentlichkeit übersieht

In einem aktuellen Bericht macht Care International auf zehn humanitäre Krisen aufmerksam, die die Medien 2018 übersehen haben. Während Zeitungen, Rundfunk und soziale Medien sich auf Venezuela, Nordkorea und den Nahen Osten konzentrierten, übersahen sie neun Länder mit großen Problemen. Sie ignorierten etwa die andauernden Unruhen in Äthiopien, in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) und im Sudan. Der Care-Bericht bestätigt derweil Einsichten aus dem Globalen Klima-Risiko-Index von Germanwatch.

Von Cema Tork

Nur zwei der humanitären Krisen, die die internationale humanitäre Organisation benennt, sind nicht afrikanisch. Auf der Liste stehen die DRK, die Zentralafrikanische Republik, Äthiopien, Sudan, die Philippinen, Haiti, Tschad, Niger und Madagaskar. Die Krisen sind zum Teil regional und betreffen

nicht das gesamte Land. Äthiopien wird zweimal genannt, wegen zwei verschiedenen Krisen: Vertreibung und Hunger.

Was alle Krisen verbindet, ist den Autoren zufolge, dass Probleme wie Armut, Hunger und Vertreibung oft eng verknüpft sind. Krisenauslösend sind zudem Naturkatastrophen, Dürren und Ernteausfälle.

In Haiti ist die Lage besonders schlimm, so dass das Land die Liste anführt. Die Autoren sehen Haiti in einer existenziellen Notlage, Hunger sei weit verbreitet. Das habe aber die internationalen Medien nicht interessiert. Die Hälfte der Haitianer lebe vor einer Kaufkraft von weniger als einem Dollar pro Tag und Kopf. Zudem seien 22 Prozent der Kinder in Haiti chronisch mangelernährt. Die Hauptprobleme sind extreme Armut, schwache Infrastruktur und Naturkatastrophen, die jeden noch so kleinen Fortschritt wieder zunichtemachen.

In vielen Fällen ist Klimawandel ein Teil des Problems. Drei der genannten Län-

der kamen bereits 1998 und 2017 in den Top Ten des Globalen Klima-Risiko-Indexes von Germanwatch vor. Im aktuellen Klima-Risiko-Index von 2019 steht Haiti auf dem vierten Platz.

In Madagaskar beeinträchtigte der Klimawandel die Getreideernte schwer. Laut Care führte das unter anderem zu Spannungen in Familien, häuslicher Gewalt und Kinderehen. Außerdem versäumten viele Kinder die Schule. Ihre Eltern hätten Schwierigkeiten, sie zu ernähren.

Ähnliches geschieht auch in den anderen Krisenländern. Die Menschen leiden unter den Folgen des Treibhauseffekts, zu dessen Entstehen sie – im Gegensatz zu Ländern mit hohem Einkommen – wenig beigetragen haben. Care will nicht nur Hilfe leisten, sondern auch Aufmerksamkeit auf die humanitären Krisen richten. Der Bericht legt dar, was politische Entscheidungsträger, Hilfsorganisationen, Journalisten und Konsumenten tun können.

LINKS

Suffering in Silence: The 10 most under-reported humanitarian crises of 2018.

https://www.care-international.org/files/files/Report_Suffering_In_Silence_2018.pdf

Global Climate Risk Index 2019:

https://germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/Global%20Climate%20Risk%20Index%202019_2.pdf



Frauen und Kinder warten auf Wasser während einer Dürre in Äthiopien.

Verhütungsmittel für Minderjährige

In Sambia gibt es eine Debatte darüber, ob Verhütungsmittel an junge Mädchen – auch Minderjährige – ausgegeben werden sollten oder nicht, um ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden. Manche zivilgesellschaftlichen Organisationen sind dafür. Sie weisen darauf hin, dass so auch sexuell übertragbare Krankheiten eingedämmt werden könnten.

Sambia hat pro Jahr etwa 16 000 registrierte Fälle ungewollter Schwangerschaften bei Schulmädchen. Die Zahl ist noch höher, wenn Teenager, die nicht zur Schule gehen, hinzugezählt werden. Schwangere Mädchen verlassen in der Regel die Schule, und viele kommen auch nach der Geburt nicht zurück, um ihren Abschluss zu machen. Das intellektuelle Potenzial dieser Mädchen liegt brach.

Marie Stopes Zambia, die nationale Zweigstelle der internationalen Nichtregierungsorganisation, unterstützt die Ausgabe von Verhütungsmitteln an Teenager. Marie Stopes International stellt Frauen und Mädchen in 37 Ländern individuelle Verhütung zur Verfügung. Wo Abtreibung legal ist, bietet sie auch diesen medizinischen Service an.

Laut Marie Stopes Zambia halten fehlender Zugang zu Verhütung und mangelnde Sexualaufklärung Teenager „nicht davon ab, Sex zu haben“. Die

Folge sind ungewollte Schwangerschaften. Außerdem treten Komplikationen bei der Geburt häufiger bei sehr jungen Frauen auf.

Kwesi Formson, der Direktor von Marie Stopes Zambia, sagt, Komplikationen während der Schwangerschaft seien „die führende Todesursache unter jungen Frauen zwischen 15 und 19 Jahren“. Wenn Frauen und Mädchen Zugang zu Verhütungsmitteln hätten, sähe ihre Zukunft besser aus, argumentiert er: „Weniger Mädchen brechen die Schule ab, weniger junge Frauen sterben bei der Geburt, und mehr junge Frauen treten in den Arbeitsmarkt ein.“ Davon profitiere das gesamte Land.

Nichtsdestoweniger sehen viele Sambier es nicht gerne, wenn Nichtregierungsorganisationen Teenagern Verhütungsmittel geben. Einige Lokalpolitiker haben die Debatte darüber angeheizt. Sie behaupteten, dass westlich finanzierte Organisationen Kondome an Schulkinder verteilen. Laut der lokalen Organisation Centre for Reproductive Health stimmt das aber nicht.

Die Lehrgewerkschaft Basic Education Teachers' Union of Zambia (BETUZ) ist ebenfalls gegen die Austeilung von Kondomen in Schulen. BETUZ-Beamte sagen, dass dadurch „Jugendliche zu Sex in sehr jungen Jahren ermutigt werden, was sie von der Schule ablenkt“.

Edwin Mbale aus Ndola, Vater von mehreren Mädchen, meint, dass internationale Organisationen wissen müssten, dass afrikanische Kulturen Sex vor der Ehe nicht gutheißen. „Als Sambier müssen wir unseren Kindern beibringen, keusch zu bleiben“, sagt Mbale. „Dies dient nicht nur dazu, ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden, sondern unterbindet auch die Verbreitung von HIV/AIDS oder anderen sexuell übertragbaren Krankheiten.“ Die Ironie dabei ist jedoch, dass Kondome nicht nur vor Schwangerschaft schützen, sondern auch HIV-Infektionen verhindern.



HUMPHREY NKONDE
ist Journalist und
Medienexperte. Er
lebt in Ndola, Sambia.

humphrey_nkonde@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
60. Jg. 2019
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch
als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
D-53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:
FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum
genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Monika Hellstern, Sheila Mysorekar,
Dagmar Wolf (Assistenz)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit
und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter
Societät GmbH (60%).
Artdirector: Sebastian Schöpsdau
Layout: Jan Walter Hofmann
Übersetzung: Eleonore von Bothmer

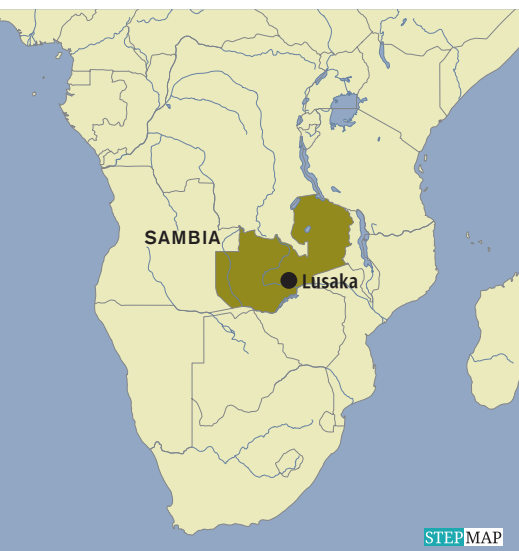
ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in
E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and
Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit
Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+Z-Redaktion zwei
Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen
Webseiten gestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt
nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige
Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat
und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle
die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,
Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



Call for Papers

PEGNet Conference 2019

Promoting social, economic and socio-political development through social protection

9-10 SEPTEMBER, 2019 IN BONN, GERMANY

Social protection is a key instrument for fostering social, economic and political development. It is well established that it is not only essential for the reduction of vulnerability, income poverty and income inequality but also for the promotion of human development as it facilitates access to education, health care, nutrition, housing and reduces gender disparities. In recent years, there has been a growing consensus that social protection is also an important requirement for fostering economic growth, social cohesion and political stability. Moreover, social protection can be a useful instrument for climate change adaptation.

The PEGNet Conference 2019 will provide a platform for leading development scholars, practitioners and policy-makers to reflect on relevant topics in the field of development economics. For more information on the PEGNet conference, please refer to www.pegnet.ifw-kiel.de.

Deadline for abstract submissions

The submission deadline for abstracts is 15th April 2019. Notification of acceptance will be sent out in June 2019. The deadline for full paper submission is 1st August 2019.

Read the full Call for Papers at www.dandc.eu/node/3868

GESUNDHEIT

Wie man Superkeime unter Kontrolle bringt

Immer mehr Krankheitsstämme entwickeln Resistenzen gegen Antibiotika. Zur Bekämpfung dieses globalen Problems ist internationales Handeln nötig.

Von Mirza Alas

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ernannte 2019 multiresistente Keime zu einer der zehn größten Bedrohungen für die globale Gesundheit. Es gibt immer mehr Infektionen, die wegen Antibiotika-Resistenzen kaum mehr behandelbar sind. Am schlimmsten trifft das Entwicklungsländer.

Antimikrobielle Resistenz beschränkt sich nicht auf bestimmte Erreger oder Krankheiten. Das macht es für politische Entscheidungsträger und Öffentlichkeit schwer, die Dringlichkeit zu begreifen und entsprechend zu handeln. Resistente „Superkeime“ stehen auf der internationalen Agenda nicht an oberster Stelle. Leider wurde das Momentum 2016 nicht genutzt, als die UN-Generalversammlung eine Erklärung zu dem Thema verabschiedete wie auch schon 2015 nicht, als die Weltgesundheitsversammlung einen globalen Aktionsplan entwarf.

Dass häufig verwendete Antibiotika unwirksam werden, ist ein natürlicher Evolutionsprozess. Bakterien mutieren und werden gegen Wirkstoffe immun, die sie vorher noch abtöteten. Dieser Prozess wird dadurch beschleunigt, dass antimikrobielle Substanzen in Gesundheitswesen, Tierhaltung und Landwirtschaft zu häufig und missbräuchlich eingesetzt werden.

Es gibt viele Gründe für den unsachgemäßen Gebrauch von Antibiotika, so etwa aggressive Werbung von Pharmaunternehmen oder falsche Verschreibungsrichtlinien. In Entwicklungsländern werden die Folgen miserabler Wasser- und Sanitärinfrastruktur oft mit Antibiotika behandelt. Verschärft wird die Lage durch die enorme Abhängigkeit von antimikrobiellen Wirkstoffen in der Landwirtschaft, wo sogar Antibiotika einge-

setzt werden, die humanmedizinisch wichtig oder gar das letzte wirksame Mittel sind.

Die internationale Gemeinschaft muss gegen diese Missstände in Gesundheitswesen und Landwirtschaft vorgehen. Natürlich werden Interessengruppen versuchen, weiter hohe Gewinne zu erzielen, aber eine nachhaltige Gesundheitsversorgung muss als globales öffentliches Gut zweifellos oberste Priorität haben.

Leider gibt es immer weniger Therapiemöglichkeiten für Erreger wie Gonorrhö, Malaria und Tuberkulose. Die Bekämpfung multiresistenter Erreger ist komplex und bedarf übergreifender Maßnahmen – für Entwicklungsländer allein ist das nicht machbar.

Natürlich müssen Entwicklungsländer ihre Gesundheitssysteme stärken, sauberes Wasser zugänglich machen, Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen verbessern – sich also ihren Entwicklungs Herausforderungen stellen. Es braucht jedoch mehr, wie etwa pharmazeutische Forschung und Entwicklung. Es ist wichtig

- neue Behandlungsmöglichkeiten verfügbar zu machen,
- Diagnose- und Laborinfrastruktur zu verbessern und
- die Verbreitung von multiresistenten Keimen zu überwachen.

Entwicklungsländer können sich Forschung und Entwicklung nicht leisten. Die Menschen dort sterben eher, weil es keine Standardantibiotika gibt oder diese unbezahlbar sind, als an Infektionen durch Superkeime. Armut beschleunigt die Verbreitung von Resistenzen, da selbstzahlende Patienten oft vorzeitig aufhören, Antibiotika einzunehmen. Kaum symptomfrei, geben sie kein Geld mehr für Medikamente oder Ärzte aus. Sie ahnen nicht, dass die Infektion noch nicht ausgeheilt ist und überlebende Bakterien zu medikamentenresistenten Stämmen mutieren können.

Ein Paradebeispiel ist Tuberkulose, die am häufigsten auftretende tödliche Infektion, deren Therapie wegen multiresis-



Tuberkulose-Patient in Kalkutta 2009.

tenter Stämme immer schwieriger wird. Es gibt neue Mittel (Bedaquilin und Delamanid). Sie sind jedoch für Patienten – und Regierungen – in Ländern mit hoher Krankheitslast nicht zugänglich.

Globale Maßnahmen müssen darauf zielen, Ressourcen, Instrumente und Finanzmittel zu mobilisieren. Es gilt, Entwicklungsländer in die Lage zu bringen, auf gesundheitliche Herausforderungen reagieren zu können. Tödliche Krankheiten kennen keine Landesgrenzen, Antibiotika-Resistenzen sind ein globales Problem. Um es zu lösen, ist internationale Zusammenarbeit gefragt. Wenn wir nicht grundlegende strukturelle Ursachen betrachten und international etwas verändern, gefährdet das den medizinischen Fortschritt – nicht nur in Entwicklungsländern.



MIRZA ALAS
ist Wissenschaftlerin am South Centre, einer in Genf ansässigen Denkfabrik der Entwicklungsländer.

alas@southcentre.int

ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT

Anleger müssen umdenken

In der Wissenschaft gibt es Stimmen, denen zufolge zuerst der Kapitalismus überwunden werden muss, bevor nachhaltige Ökonomien und Armutsbekämpfung möglich werden. Aus mehreren Gründen führen sie in die Irre.

Von Hans Dembowski

Vor allem bleibt nur noch wenig Zeit für die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft – aber seit Karl Marx im 19. Jahrhundert „Das Kapital“ schrieb, hat es aber kaum überzeugenden Fortschritt in Richtung Überwindung des Kapitalismus gegeben. Allerdings haben klug regulierte Märkte in reichen Ländern beachtliche Sozialleistungen ermöglicht, und selbst

onen könnten das Loch nicht füllen. Der Privatsektor müsse einspringen.

Manche Skeptiker finden das bizarr. Sie bezweifeln, dass Marktkräfte, die in die Krise geführt haben, nun Rettung bringen. Richtig ist sicherlich, dass ökologischer Fortschritt bislang quälend langsam verläuft. Tatsächlich agieren Märkte seit Jahrzehnten irrational. Andernfalls hätten sie die Warnungen von Munich Re schon längst beherzigt. Die weltweit tätige Rückversicherung weist seit langem auf Klimarisiken hin, was die Finanzmärkte aber lange nicht ernstnahmen. Mittlerweile steigen aber die Schadensvolumina schnell. Kaum ein Monat vergeht, ohne dass Extremwetterlagen Schlagzeilen machen:

haltigkeit. Jochen Wermuth von der Vermögensverwaltung Wermuth Asset Management zufolge kann die Anlegerstimmung schnell umschlagen. Schon in fünf Jahren könnten alle Energieinvestitionen in erneuerbare Energien fließen.

Wichtig ist zudem der seit Jahren anhaltende Mangel an guten Anlageideen – ob in der Real- oder der Finanzwirtschaft. Die Fachjournalistin Gillian Tett schrieb neulich in der Financial Times, Investoren zeigten wachsendes Interesse an Projekten mit SDG-Bezug.

Dennoch wäre die Erwartung, dass Märkte den Wandel allein bewerkstelligen, naiv. Nötig ist politische Führung. Dass die Demokraten im US-Kongress einen Green New Deal skizziert haben, weist in die richtige Richtung. Sie fordern umfangreiche staatliche Investitionen in Umweltschutz und gesellschaftliche Inklusion. Solange Donald Trump als Leugner des Klimawandels Präsident ist, wird daraus nichts. Aber



Waldbrand in Kalifornien 2017.

in roher Form hat der Kapitalismus in Schwellenländern die Armut gemindert. Das spektakulärste Beispiel ist das kommunistisch regierte China.

Es gilt also, Märkte so zu organisieren, dass sie Nachhaltigkeit und Wohlstand bringen. Davon sind wir noch weit entfernt. Der Klimawandel schreitet schnell voran und die CO₂-Emissionen steigen. Laut Fachleuten fehlen der internationalen Gemeinschaft bislang jährlich 2,6 Billionen Dollar für die Erreichung der UN-Entwicklungsziele für Nachhaltigkeit (Sustainable Development Goals – SDGs). Politiker warnen, staatliche Instituti-

Hurrikane in den USA, Hitzewellen in Australien, Taifune in Südostasien, Fluten in Indien, Dürren in Afrika.

Die Pleite von Pacific Gas and Electric, dem großen kalifornischen Versorgungsunternehmen, hat Finanzanleger geschockt. Ursache waren absehbare Schadenersatzforderungen nach verheerenden, Dürre-bedingten Waldbränden. Öko-Sorgen lassen Aktienkurse von Energieunternehmen wie RWE, die früher als sichere „Witwen- und Waisenpapiere“ galten, heftig schwanken. Unter dem Druck aktiver Aktionäre verspricht der Ölriese BP nun regelmäßige Berichte über Nach-

seine Wiederwahl wirkt derzeit kaum wahrscheinlich, und nach ihm könnte es – mit weltweiten Implikationen – schnell voran gehen. Klar ist, dass entschlossenes Staatshandeln auch anderswo die Zuversicht von Privatanlegern, was nachhaltige Lösungen angeht, stärkt.

Es gibt keine Garantie, dass die Menschheit Klimaemissionen schnell genug senkt. Geeignete Regeln zu beschließen und durchzusetzen ist schwer. Die Erfolgchancen sind aber offensichtlich größer, wenn wir nicht versuchen, vorher mal schnell den Kapitalismus zu überwinden.

LESERBRIEF

Gefühle der Demütigung

E+Z/D+C e-Paper 2018/12, S. 38, Hans Dembowski: „Freihandel im 19. Jahrhundert“.

Ich gratuliere zu dem Artikel über den Opiumhandel: sehr zutreffend, sehr gute historische Kondensierung. Ich arbeite in China, Hongkong, Taiwan und Singapur schon seit 32 Jahren. Was der Beitrag beschreibt, gehört seit Langem zu den Gefühlen des Unrechts und der Demütigungen der Chinesen. Meine Frau ist taiwanesisch-chinesischer Abstammung, da habe ich vieles gehört und mitbekommen. Kleine Anekdote: Im englischen Viertel Shanghais gibt es einen kleinen Park, der für die englischen Expats gebaut wurde. Die Chinesen ließen zur Erinnerung an die Kolonialzeit das Schild an der Eingangstür hängen. Die Mitteilung ist: „No dogs, no Chinese allowed.“

Prof. Dr. Raymond Saner, Genf

KORREKTUR

Freie Entscheidung – im ODA-Rahmen

„Keine Anweisungen vom Staat“, E+Z/D+C e-Paper 2019/03, S. 5.

Unser Beitrag über die entwicklungspolitische Zusammenarbeit von Kirche und Staat in Deutschland war missverständlich. Was fehlte, war ein wichtiger Satz: „Staatliche Mittel dürfen selbstverständlich nicht für Missionszwecke verwendet werden, Buchhaltungsvorgaben müssen eingehalten werden, und Brot für die Welt und andere christlichen Hilfswerke müssen sich an die grundsätzlichen Regeln des BMZ halten.“

So wie der Text formuliert war, konnte der Eindruck entstehen, Mittel der Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA) könnten unmittelbar religiösen Zwecken dienen.



Folgen Sie uns auf
Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



DEMOKRATIEENTWICKLUNG

Malawi vor der Wahl

Am 21. Mai 2019 finden in Malawi Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sowie auf regionaler Ebene die Wahlen zu den kommunalen Vertretungen statt – zum sechsten Mal seit Einführung des Mehrparteiensystems im Jahr 1994. Auf den ersten Blick scheint dies ein demokratisch vorbildlicher Prozess in einem der ärmsten Länder der Welt zu sein. Bei genauer Betrachtung trübt sich dieses Bild. Malawi hat mit tiefgehenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen.

Von Rolf Drescher

Nach der Unabhängigkeit von britischer Kolonialherrschaft 1964 übernahm Kamuzu Banda in Malawi die Macht. Er regierte Malawi in den folgenden 30 Jahren als Einparteiensstaat mit diktatorischen Befugnissen. Malawi wurde beschrieben als ein Land, „in dem Schweigen herrscht“, ohne bürgerliche Freiheitsrechte. Im Juni 1993 sprach sich die

Bevölkerung in einem Referendum schließlich für die Einführung einer Mehrparteiendemokratie aus. In den darauffolgenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Mai 1994 wurde Banda abgewählt und von Bakili Muluzi als Präsident abgelöst. Die Wahlen sind seit 1994 im Wesentlichen friedlich und ordnungsgemäß verlaufen, mit einer geordneten Machtübergabe bei Ausscheiden eines Präsidenten aus dem Amt. Der friedliche Übergang von der Diktatur Bandas zu einer demokratischen Staatsverfassung ist eine große historische Leistung. Aktuell sind allerdings deutlich autoritäre Tendenzen, etwa in der NGO-Gesetzgebung, und eine Zunahme der politischen motivierten Gewalt zu verzeichnen.

Der Präsident und Vizepräsident werden als Tandem direkt gewählt. Eine einfache Mehrheit ist ausreichend. Eine Stichwahl gibt es nicht. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre, eine einmalige Wiederwahl ist möglich. Das Parlament (National Assembly)

setzt sich aus den in 193 Wahlkreisen direkt gewählten Abgeordneten zusammen (siehe Kasten nächste Seite).

Mitte Februar 2019 endete die Nominierungsfrist für die Präsidentschaftswahlen am 21. Mai 2019. Neun Kandidaten bewerben sich um das Amt des Präsidenten. Ernsthaftige Erfolgsaussichten haben aber nur drei: der amtierende Präsident Arthur Peter Mutharika (DPP), der sich zur Wiederwahl stellt, der amtierende Vizepräsident Saulos Chilima, der die Regierungspartei Mitte 2018 verlassen und eine eigene Partei (UTM) gegründet hat, und der Führer der größten Oppositionspartei (MCP) Lazarus Chakwera. Den weiteren Kandidaten werden keine Chancen eingeräumt. Die frühere Präsidentin Joyce Banda (PP), die nach der Wahlniederlage 2014 und Rückkehr aus dem selbstgewählten Exil zunächst ihre erneute Bewerbung angekündigt und die Wahlunterlagen eingereicht hatte, hat diese später zurückgezogen.

Der positive Eindruck vom Wahlsystem relativiert sich bei genauerer Betrachtung: Der Präsident wird mit einfacher Mehrheit gewählt. Bei den Wahlen 2014 erhielt Präsident Mutharika 36,4 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Wahlbeteiligung dürfte bei knapp über 60 Prozent gelegen haben. Bezogen auf die wahlberechtigte Bevölkerung



Malawi nach Sturm Idai: Wegen Überschwemmungen wurden Schulen im Süden des Landes zu Unterkünften für Sturmopfer umgewidmet. Ob die Wahl beeinträchtigt wird, ist unklar.

über 18 Jahre errechnet sich ein Stimmanteil von knapp über 20 Prozent. Das ist eine sehr schwache legitimatorische Grundlage für die Präsidentschaft. Die in Mutharikas Wahlprogramm versprochene 50-Prozent+1-Wahlrechtsreform mit einer Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen wurde fallengelassen und im Parlament nicht zur Abstimmung gebracht.

Eine grundlegende Wahlrechtsreform einschließlich der Einführung eines 50-Prozent+1-Wahlsystems war eine Kernforderung in dem 10-Punkte-Ultimatum, das Vertreter der Zivilgesellschaft im April 2018 der Regierung übergeben haben. Erfolg

hatte es nicht. Machterhalt hat Priorität. 2019 gelten also die gleichen Spielregeln wie zuvor. Die deutlich geringere Beteiligung am Registrierungs- und Verifizierungsprozess als Voraussetzung für die Teilnahme an der Wahl deutet darauf hin, dass die Wahlbeteiligung 2019 noch geringer als vor fünf Jahren ausfallen wird.

GROSSE UNZUFRIEDENHEIT DER MENSCHEN

Es gibt für den Rückgang der Wahlbeteiligung keine eindimensionale Erklärung. Der zentrale Faktor für den Rückgang der Wahlbeteiligung dürfte die große Unzufriedenheit

mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation sein. Die Erwartungen der Menschen wurden nicht erfüllt. Das African Business Magazine überschrieb seinen Bericht zur Unabhängigkeitsfeier 2014 mit der Schlagzeile „50 Jahre Stillstand“. Auch Präsident Mutharika gestand in seiner Rede zum 50. Jahrestag der Unabhängigkeit 2014 ein, dass die Malawier heute durchschnittlich ärmer sind als unter der Kolonialherrschaft. Dies betonten auch die katholischen Bischöfe in einem Hirtenbrief im April 2018, verbunden mit der Forderung eines grundlegenden politischen Richtungswechsels. Im Juni 2018 veröffentlichte eine der beiden großen

Wirtschaft und Politik Malawis

Das Parlament Malawis setzt sich aus 193 in den jeweiligen Wahlkreisen direkt gewählten Abgeordneten zusammen. DPP, die Partei des Präsidenten Arthur Peter Mutharika, gewann bei der Wahl 51 Sitze, die größte Oppositionspartei MCP 48 Sitze. Mit 52 Sitzen stellen die unabhängigen, nicht parteigebundenen Parlamentarier die größte Gruppe. Die Partei des Präsidenten hat damit keine eigene parlamentarische Mehrheit. Eine in Form einer Koalition etablierte, die Regierung tragende Mehrheit gibt es nicht.

Die Parteien haben ausnahmslos kein klares politisches Profil, der karrierefördernde Wechsel von einer Partei zur anderen – „chameleon politics“ – ist auf allen Ebenen nicht ungewöhnlich, politische Barrieren zwischen den Parteien gibt es nicht. Die Kontrollfunktion des Parlaments ist konstitutionell und kapazitätsbedingt eingeschränkt. Die gegebenen politischen und organisatorischen Bedingungen schlagen sich in einer deutlich reduzierten Effizienz und Ef-

ektivität sowohl der Regierungsarbeit als auch der Arbeit des Parlaments nieder.

Malawi ist mit einem Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen (BNE) von 320 Dollar eines der ärmsten Länder der Welt. 70 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze von 1,90 Dollar pro Tag. Hunger und Abhängigkeit von Nahrungsmittelhilfe ist tägliche Realität. 2015/16 waren 6,5 Millionen Menschen auf Nahrungsmittelhilfe ange-

wiesen, fast 40 Prozent der Bevölkerung. Für 2018/19 wird wieder eine Zahl von mindestens 3,3 Millionen vorhergesagt.

Das UN Development Programme (UNDP) stuft Malawi auf der Basis des Human Development Index (HDI) am unteren Ende der Gruppe der „low human development countries“ ein (Rang 171 von 189). Das Bevölkerungswachstum liegt – trotz leichtem Rückgang der sogenannten Fertilitätsrate auf 4,4 – immer noch bei 2,9 Prozent. Nach den Ergebnissen der gerade veröffentlichten Volkszählung liegt

die Einwohnerzahl bei knapp 18 Millionen; 2050 werden 43 Millionen und damit mehr als doppelt so viele Menschen in Malawi leben, mit schwer einzuschätzenden erheblichen wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen.

Die Wirtschaft Malawis ist extrem anfällig für exogene Schocks. 65 Prozent der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt, die überwiegend als regenabhängige Subsistenzlandwirtschaft mit sehr geringer Produktivität auf schon jetzt immer kleiner werdenden Anbauflächen betrieben wird. Das Wirtschaftswachstum Malawis (BIP pro Kopf) lag zwischen 1995 und 2015 jährlich bei nur 1,5 Prozent, im Vergleich zu 2,7 Prozent der übrigen rohstoffarmen Länder Subsahara-Afrikas. 2017 betrug es 4 Prozent, für 2018 werden 3,3 Prozent (IWF) prognostiziert. Das liegt deutlich unter dem für eine nennenswerte Armutsreduzierung benötigten langfristigen Wirtschaftswachstum von über 6 Prozent. Die strukturellen Voraussetzungen für einen dauerhaft nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung in dieser Größenordnung sind jedoch nicht gegeben. (rd)



65 Prozent der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig: Bäuerin auf ihrem Maisfeld im ländlichen Malawi.

Zeitungen des Landes eine Umfrage, nach der 25 Jahre nach dem Referendum über die Einführung des Mehrparteienstaats 81 Prozent der Malawier mit der Demokratie unzufrieden und der Überzeugung sind, sie hätte nichts zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beigetragen. Nach einer Umfrage von Afrobarometer sprechen sich 40 Prozent der Bevölkerung dafür aus, die politische Führung anders als durch Wahlen zu bestimmen. In dieses Bild passt es, dass der 14. Juni, der Tag des Referendums, als Feiertag (Freedom Day) abgeschafft und der Geburtstag Kamuzu Bandas am 14. Mai als Feiertag (Kamuzu Day) wieder eingeführt wurde.

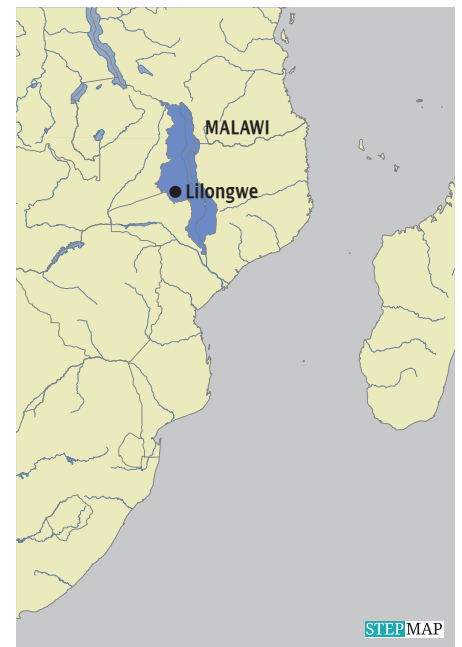
Der Übergang von der Diktatur Bandas zu einer Mehrparteiendemokratie wird aus Sicht der politisch-ökonomischen Analyse zutreffend als „Transition ohne strukturelle Transformation“ beschrieben. Oxfam (2018) und die Weltbank (2018) kommen gleichermaßen zu der Schlussfolgerung, dass die kleine politische und wirtschaftliche Elite des Landes die Politik einschließlich der Regierungs- und anderer öffentlichen Institutionen dominiert und ihre Machtposition in einer Art „Wettbewerbsklientelismus“ (Weltbank, 2018) nutzt. Sie gestaltet die Wirtschaft zu einer auf kurzfristige Profitmaximierung ausgerichteten Rentenökonomie. Eine an langfristigen Entwicklungszielen orientierte strukturelle wirtschaftliche Transformation hat nicht stattgefunden und zeichnet sich auch nicht ab.

Eine schwache Regierungsführung und schwache Institutionen sind eine, wenn nicht die zentrale Ursache für Malawis geringen Entwicklungsstand. Die Stärkung der Governance der politischen und staatlichen Institutionen ist deshalb eine entscheidende Voraussetzung für eine transformative, auf einen langfristig nachhaltigen Wachstumsprozess ausgerichtete Entwicklungsstrategie. Besonders wichtig ist die Stärkung des öffentlichen Finanzmanagements, einschließlich der Ausbildung effizienter interner und externer Kontrollmechanismen sowie einer Kultur der öffentlichen Rechenschaftslegung. Die Veruntreuung öffentlicher Gelder und eine systemische, in der Rentenökonomie verwurzelte Korruption (Weltbank, 2018) ist ein Kernproblem der staatlichen Verwaltung.

2013 machte der sogenannte Cashgate-Skandal Schlagzeilen. Zwischen April und September 2013 wurden in verschiedenen Ministerien umgerechnet 32 Millionen Dollar veruntreut. Nach der Aufdeckung veranlasste die damalige Präsidentin Joyce Banda eine Untersuchung, im Zuge derer eine Audit-Firma für den Zeitraum von 2009 bis 2014 nicht belegte Ausgaben von 1,25 Milliarden Dollar ermittelte. Dieser Betrag wurde später auf 507 Millionen Dollar reduziert. Die politische und juristische Aufarbeitung des Cashgate-Skandals ist – auch nach fünf Jahren – noch nicht abgeschlossen. Der Direktor der Antikorruptionsbehörde Reyneck Matemba warnte im September 2018 eindringlich davor, das Problem der Korruption zu leugnen. Matemba sagte wörtlich: „Alle Ministerien und Behörden sind infiziert. Es gibt keine staatliche Institution, die korruptionsfrei ist.“

Der Ibrahim Index of African Governance 2018 (IIAG 2018) der Mo Ibrahim Foundation gibt Malawi geteilte Noten. Insgesamt nimmt Malawi mit Rang 19 einen guten Mittelplatz unter 54 Staaten ein, mit guten Bewertungen unter anderem im Bereich der Justiz. Bei der Korruption im öffentlichen Sektor sieht man für den Zeitraum 2008 bis 2017 dagegen einen sich deutlich verschlechternden Trend (mit nur noch 22 von 100 Punkten). Das deckt sich mit den Umfragen von Afrobarometer, nach denen eine Mehrheit der Bevölkerung der Regierung schlechte Noten bei der Korruptionsbekämpfung gibt und eine starke Zunahme der Korruption wahrnimmt. Im jüngsten Transparency International Corruption Perception Index steht Malawi mit nur 32 von 100 Punkten auf Rang 120.

Trotz allem, wenn auch nur langsam, Malawi ändert sich. Der ehemalige norwegische Botschafter Asbjorn Eidhammer (2017) schreibt: „Die wichtigste Veränderung ist, dass es eine junge Generation gibt, die Veränderung will.“ Die jungen Wähler haben die Macht zur Veränderung in ihren Händen, sie stellen die Mehrheit. 55 Prozent der Malawier, die sich für die Wahl registriert haben, sind unter 35 Jahre. Es ist zu hoffen, dass sie von ihrem Wahlrecht auf allen Ebenen – bei der Wahl des Präsidenten, der Abgeordneten und der lokalen Gemeinderäte – Gebrauch machen und sich auch danach politisch engagieren.



ROLF DRESCHER
ist Mitarbeiter der GIZ.
Er leitet in Lilongwe das
Vorhaben „Stärkung des
öffentlichen Finanz-

managements in Malawi“. Der Beitrag gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

rolf.drescher@giz.de
rolf.drescher@t-online.de

LINKS UND LITERATUR

World Bank, 2018: Malawi – Systematic country diagnostic: breaking the cycle of low growth and slow poverty reduction.

<http://documents.worldbank.org/curated/en/723781545072859945/pdf/malawi-scd-final-board-12-7-2018-12122018-636804216425880639.pdf>

Norwegian Institute of International Affairs, 2017: Malawi: a political economy analysis. https://brage.bibsys.no/xmlui/bitstream/handle/11250/2461122/NUPI_rapport_Malawi_Tostensen.pdf?sequence=1&isAllowed=y

Oxfam, 2018: Closing the divide in Malawi, how to reduce inequality and increase prosperity for all.

https://d1tn3vj7xz9fdh.cloudfront.net/s3fs-public/file_attachments/bp-closing-divide-malawi-inequality-250418-en.pdf

Eidhammer, Asbjorn 2017: Malawi, a place apart. Lilongwe, Malawi: Logos-Open Culture.

DR KONGO

Keine perfekte, aber eine historische Wahl

Nach mehreren Verschiebungen hat die Präsidentschaftswahl in der Demokratischen Republik (DR) Kongo am 30. Dezember 2018 endlich stattgefunden. Ihr folgte der erste friedliche Machtwechsel in der Geschichte des Landes. Verschiedene Beobachter stellen allerdings Unregelmäßigkeiten im Wahlprozess fest, und es bestehen große Herausforderungen.

Von Jonathan Bashi

Die Übergabe der Macht von Joseph Kabila, der das Land 18 Jahre lang regiert hat, an Félix Tshisekedi war für die DR Kongo und die ganze Region historisch. Die Wahl verlief relativ ruhig, und es gab auch hinterher kaum Unruhen. Die internationale Gemeinschaft scheint sich dazu entschlossen zu haben, diese zwar nicht perfekten, aber friedlichen Wahlen zu akzeptieren: Regionalmächte wie Südafrika und Kenia erkannten Tshisekedi schnell als Sieger an, und Länder wie Frankreich, Belgien und die USA nahmen seine Wahl zumindest „zur Kenntnis“.

21 Kandidaten hatten sich für das Präsidentenamt beworben (siehe meinen Kom-

mentar in E+Z/D+C e-Paper 2018/11, Debatte). Drei von ihnen standen im Mittelpunkt: Emmanuel Ramazani Shadary, den Kabila persönlich ausgesucht hatte, um die regierende Partei zu vertreten, und zwei Führer von Oppositionsparteien: Tshisekedi von der „Union pour la Démocratie et le Progrès Social“ (UDPS), an deren Spitze sein verstorbener Vater Etienne Tshisekedi mehr als drei Jahrzehnte gestanden hatte, und Martin Fayulu, ein einflussreicher Geschäftsmann und Gründer der Partei „Engagement pour la Citoyenneté et la Démocratie“ (ECi-Dé), die in den vergangenen zehn Jahren aufgrund ihres starken politischen Aktivismus von sich reden gemacht hat.

Vor der Wahl bildeten sich große Koalitionen mehrerer Parteien: Auf der einen Seite die „Front Commun pour le Congo“ (FCC) von Kabilas Regierungsmehrheit, die Shadary unterstützte; auf der anderen Seite LAMUKA, ein Bündnis, das die wichtigsten Oppositionsführer bei einem Treffen im Genf im November ins Leben riefen. Diese Koalition benannte Fayulu als gemeinsamen Kandidaten der Opposition. Allerdings brachen Tshisekedi von der UDPS und Vital Kamerhe vor der



„Union pour la Nation Congolaise“ (UNC) – ein Abtrünniger von Kabilas Partei und Präsidentschaftskandidat 2011 – diese Vereinbarung innerhalb von nur 24 Stunden und gründeten eine neue Koalition: das „Camp pour le Changement“ (CACH), das Tshisekedi Kandidatur unterstützte.

Der Wahlkampf verlief relativ ruhig. Die Bevölkerung war allerdings sehr engagiert und trat zunehmend fordernd gegenüber den Kandidaten auf. Während manche Kandidaten große Menschenmengen versammeln konnten, wurden anderen Auftritte in bestimmten Landesteilen von den Menschen vor Ort versagt. Davon betroffen war auch Shadary. Der ehemalige Innenminister ist wegen Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit der Unterdrückung von Protesten mit EU-Sanktionen belegt. Generell schien das Volk von den 18 Jahren unter Kabila die Nase voll zu haben und sich nach einem radikalen Politikwechsel zu sehnen.

Die Wahlkommission erklärte Tshisekedi am 10. Januar mit 38,6 Prozent der Stimmen zum Wahlsieger, vor Fayulu mit 34,8 Prozent und Shadary mit 23,8 Prozent. Das Ergebnis kam sehr überraschend: Mehrere Beobachter, darunter die katholische Kirche, die rund 40 000 Wahlbeobachter im Land verteilt hatte, und mehrere ausländische Diplomaten hatten Fayulu den Sieg bereits zugeschrieben. Dieser zog das offizielle Ergebnis sofort in Zweifel, reichte Beschwerde beim Verfassungsgericht ein und verlangte eine Neuauszählung. Nach seiner eigenen Zählung und der der katholischen Kirche hatte Fayulu die Wahl mit mehr als 61 Prozent der Stimmen gewonnen. Doch das Gericht bestätigte Tshisekedis Sieg am 19. Januar. Kurz darauf, am 24. Januar, trat er sein Amt an.



Der neue Präsident Félix Tshisekedi (links) und sein Vorgänger Joseph Kabila bei der Zeremonie zur Amtseinführung am 24. Januar in Kinshasa.

Dieser erste friedliche Machtwechsel löste ein allgemeines Gefühl der Hoffnung in der DR Kongo aus – auch wenn viele die Legitimität der neuen politischen Führer wegen der Unregelmäßigkeiten im Wahlprozess anzweifeln. Vier Tage vor der Wahl, am 26. Dezember, verkündete die Wahlkommission eine Verschiebung der Abstimmung in den Großstädten Yumbi im Westen und Beni und Butembo im Osten, in denen zusammen 1256177 Wahlberechtigte und damit drei Prozent der gesamten Wählerschaft wohnen. In Yumbi gab es im Dezember Unruhen mit Hunderten Toten, und in Beni und Butembo grassiert eine Ebola-Epidemie und lokale Milizen töten immer wie-

der Zivilisten. Die Wahl sollte am 31. März (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) nachgeholt werden, aber auf kommunale und Parlamentswahlen beschränkt sein. Damit wird den betroffenen Menschen das Recht genommen, den Präsidenten zu wählen.

Gerüchte sprechen außerdem von einer geheimen Abmachung zwischen Tshisekedis CACH und Kabilas FCC, um Kabilas Sicherheit und politische Zukunft gegen Fayulu abzusichern, der von zwei der wichtigsten Gegner Kabilas unterstützt wird: Jean-Pierre Bemba und Moïse Katumbi, die beide nicht als Präsidentschaftskandidaten antreten durften. Nahrung erhalten die Gerüchte durch die Tatsache, dass Tshisekedi mit der

FCC verhandeln muss, die die Mehrheit im Parlament gewonnen hat und somit die künftige Regierung bildet. Insgesamt erwarten den neuen Präsidenten große Aufgaben. Er steht vor enormen Herausforderungen wie dem Kampf gegen Korruption und Arbeitslosigkeit und ist mit großen Erwartungen seines Volkes auf einen Wandel konfrontiert.



JONATHAN BASHI
ist Rechtsprofessor
und Entwicklungs-
Consultant in Kinshasa.

euz.editor@fazit-communication.de

Friedliche Transformation sichern

Nach dem Machtwechsel in der Demokratischen Republik (DR) Kongo wollen die UN ihre Mittel für die Friedensmission im Land, MONUSCO, kürzen. Deren Leiterin, Leila Zerrougui, warnt vor voreiligen Entscheidungen.

Trotz des umstrittenen Wahlergebnisses (siehe Haupttext) rief die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (Southern African Development Community – SADC) die internationale Gemeinschaft auf, die Souveränität des Landes und seine politischen Prozesse zu respektieren.

Daran hält sich auch Zerrougui. Sie wertet das Wahlergebnis als Teil einer längeren Transformation: „Ich sehe Demokratie als einen Prozess, nicht als etwas, das bei nur einer Wahl passieren kann“, sagte sie Anfang Februar in Berlin.

Einige Wochen zuvor hatte sie in der DR Kongo Gespräche mit der neuen Regierung, der Zivilgesellschaft und der Op-

position geführt und sich um eine Entschärfung der Spannungen bemüht.

MONUSCO unterstützt seit knapp 20 Jahren die kongolesische Regierung bei ihren Stabilisierungs- und Friedenseinsätzen. Sie kostet jährlich mehr als eine Milliarde Dollar und ist damit eine der teuersten UN-Friedensmissionen der Welt. Sie unterhält 20500 Einsatzkräfte, davon rund 3000 zivile Angestellte. Ihr Mandat ist robust: Blauhelme dürfen sich nicht nur selbst verteidigen, sondern aktiv gegen Rebellen vorgehen.

Allerdings rechnet die Missionsleiterin im Zuge einer neuen Resolution ab Juli mit einer drastischen Budgetkürzung. MONUSCO müsse dennoch weiterhin in der Lage sein, auf unvorhersehbare Ereignisse zu reagieren, betont Zerrougui. Die Situation bleibe trotz des relativ friedlichen Machtwechsels unüberschaubar und die Machtverhältnisse unübersichtlich.

Erste Priorität von MONUSCO soll laut Zerrougui auch weiterhin die Bekämpfung bewaffneter Gruppen sein. Rebellen müssten die Chance bekommen, ihre Waffen niederzulegen. Unterstützen könnten dabei Programme zur Wiedereingliederung in die Zivilgesellschaft. „Das ist in einigen Regionen nicht so schwer zu erreichen, aber es ist kostenintensiv“, sagt Zerrougui.

In den östlichen Provinzen Nord- und Südkivu sei die Lage schwieriger. Die rohstoffreiche Region, in der unter anderem schätzungsweise 80 Prozent der weltweiten Coltan-Vorkommen lagern, ist erbittert umkämpft. Hinzu kommen ethnische Konflikte und eine Ebola-Epidemie. Das erschwere den Zugang für das kongolesische Militär und die Blauhelme zusätzlich. Zerrougui zufolge hat die neue Regierung die UN in diesem Gebiet bereits um weitere Zusammenarbeit gebeten.

Zweiter Schwerpunkt der Friedensmission sei, den politischen Transformationsprozess zu begleiten. Dabei werde MONUSCO die neue Regierung

und die Opposition gleichermaßen unterstützen. Trotz Vorwürfen des Wahlbetrugs weist Zerrougui auf die Errungenschaften hin. Ex-Präsident Joseph Kabila habe sein Amt abgegeben, und die Bevölkerung sei größtenteils zufrieden mit dem Ergebnis. „Die Menschen mussten vier Jahre auf die Wahlen warten. Vor dem Hintergrund ist das ein sehr großer Hoffnungsschimmer“, sagt die MONUSCO-Leiterin.

Sie konzentriere sich lieber darauf, die verschiedenen Rebellengruppen zu demobilisieren, als die Rechtmäßigkeit der neuen Regierung anzufechten. „Wenn wir das in den östlichen Provinzen Tanganjika, Ituri und Nord- und Südkivu schaffen, wäre das einen riesengroßen Erfolg“, sagt sie. Sie will den UN-Sicherheitsrat dazu bewegen, bei der anstehenden Mittelkürzung sorgfältig abzuwägen. Die Entscheidung über das neue MONUSCO-Mandat und das Budget ab Juli 2019 war für März geplant, stand bei Redaktionsschluss aber noch aus.

Theresa Krinninger



Weltproblem Flucht

Millionen Menschen werden jedes Jahr gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen, weil bewaffnete Konflikte oder Naturkatastrophen sie vertreiben. Armut, Not und fehlende Zukunftsperspektiven treiben zudem hunderttausende Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Der Großteil der Geflüchteten bleibt innerhalb der Grenzen ihrer Heimatländer, viele überschreiten aber auch Landesgrenzen. Deshalb ist Flucht ein globales Problem und kann nicht allein auf nationalstaatlicher Ebene gelöst

werden. Hier stehen vor allem die reichen Länder in der Verantwortung. Sie haben die nötigen Mittel, um Schutz zu gewähren, die Ursachen von Flucht anzugehen und politische Lösungen zu finden.



Dieser Schwerpunkt bezieht sich direkt auf das 16. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen.

Verteilung von Hilfsgütern an 3000 Rohingya-Flüchtlinge im Lager Balukhali, Cox's Bazar, Bangladesch.

„Geflüchtete können viel zur Aufnahmegesellschaft beitragen“

Das Asia Pacific Refugee Rights Network (APRRN) ist ein Netzwerk von mehr als 350 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus 28 Ländern, das sich für die Rechte Geflüchteter in der Asien-Pazifik-Region einsetzt. APRRN-Programmliniererin Sussi Prapakranant zeigt auf, wie das Netzwerk Flüchtlingsorganisationen stärkt.

Sussi Prapakranant im Interview mit Sheila Mysorekar

Wie ist die Lage für Geflüchtete und Vertriebene in der Asien-Pazifik-Region?

Geflüchtete erhalten keinen ausreichenden Schutz. Nur 20 von 45 Ländern haben die Flüchtlingskonvention der UN unterzeichnet; von den zehn Mitgliedsstaaten des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) sind es nur die Philippinen und Kambodscha. Selbst Länder, die die Konvention unterzeichnet haben, halten sich oft nicht an ihre Prinzipien. Kambodscha

beispielsweise schickt Schutzsuchende oft in die Länder zurück, aus denen sie geflüchtet sind. Australien bricht permanent seine internationalen Verpflichtungen, indem es Boote auf dem Meer abfängt und Flüchtlinge außerhalb seiner Grenzen für unbestimmte Zeit festsetzt. Es verschlimmert die Lage, dass viele Staaten keine nationalen Gesetze oder Pläne haben, um Geflüchtete zu schützen. Manche Länder haben Vorbehalte gegen andere internationale Menschenrechtsgesetze und -abkommen. Es fehlt fast überall ein rechtlicher Status für Geflüchtete und Staatenlose. Das führt dazu, dass sie unter Einwanderungsgesetzen fallen und als „illegale Immigranten“ behandelt werden. Vor allem Flüchtlinge in Städten leben deswegen in ständiger Furcht, verhaftet, unbefristet eingesperrt oder deportiert zu werden. Sie haben auch kein Recht zu arbeiten.

Im asiatisch-pazifischen Raum werden Flüchtlinge scheinbar zunehmend inhaftiert. Warum?

Weltweit herrscht ein Narrativ vor, in welchem Geflüchtete, Asylsuchende und Vertriebene mit nationaler Sicherheit und nicht mit Schutzbedarf und Menschenrechten in Verbindung gebracht werden. Einige Regierungen – wie Australien – nutzen sogar Haft als ein Mittel zur Abschreckung. Alle Studien zeigen jedoch, dass dies nicht funktioniert. Hinzu kommt, dass die wirklichen Ursachen der erzwungenen Migration gar nicht angesprochen werden, wie etwa Konflikte, Verfolgung und Diskriminierung. Ein Beispiel dafür ist Myanmar, wo die Verweigerung der Staatsbürgerschaft, Rassismus und religiöse Diskriminierung zur massenhaften Verdrückung von Rohingya (siehe Ridwanul Hoque und Ashrafal Azad in diesem e-Paper, S. 21) und anderen ethnischen Minderheiten wie den Karen, Karenni und Shan geführt hat.

Welche Auswirkungen hat die Inhaftierung von Migranten?

Sie hat schwere Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit der Menschen. Die Folgen sind gut dokumentiert: psychische Krankheiten, Zunahme von Selbstmordversuchen, schlechter physischer Zustand sowie Todesfälle in Haft. Ein Bericht zeigt, wie die Bedingungen und die Kürzungen in der Gesundheitsver-



Flüchtling vom Volk der Shan aus Myanmar im Flüchtlingslager Koug Jor, Thailand.

sorgung im australischen System der Off-shore-Haft zu erhöhter Selbstmordrate unter den Geflüchteten führen. Was Kinder angeht, hat die Inhaftierung und das Auseinanderreißen von Familien negative Auswirkungen auf ihre Entwicklung und endet häufig in Selbstverletzungen und Selbstmordgedanken. Kinder sind speziell gefährdet bezüglich sexueller und physischer Gewalt sowie Trauma. Migranten zu inhaftieren verletzt Menschenrechte, aber es hält keinen Flüchtling davon ab, sein Land zu verlassen.

Was kann APRRN dagegen unternehmen?

Wir versuchen, den Regierungen klarzumachen, dass Geflüchtete keine Last sind, sondern dass sie viel zur Aufnahmegesellschaft beitragen können; vorausgesetzt, sie werden integriert und bekommen Arbeitsgenehmigungen. In Thailand hat APRRN zusammen mit einer Koalition einheimischer Menschenrechts- und Kinderrechtsorganisationen auf Akteure und Entscheider eingewirkt, bis sie eine Absichtserklärung unterzeichneten, um die Inhaftierung von Kindern zu beenden. Außerdem arbeiten APRRN und seine Partner mit der Regierung an einem Pilotprojekt bezüglich „Alternativen zur Haft“ („Alternatives to Detention“, ATD).

Welche Alternativen zur Haft gibt es?

ATDs für Kinder und Erwachsene können viele Formen haben, wie etwa gemeinschaftliches Wohnen; Pflegefamilien für unbegleitete asylsuchende Kinder; temporäre oder permanente Aufenthaltsgenehmigungen oder ein rechtlicher Status, der Flüchtlinge vor Inhaftierung schützt. Es ist ein billigerer, effektiverer und humanerer Weg, um Migration zu managen als Haft. ATDs sind bis zu 80 Prozent billiger als Haft, und es geht den Migranten bei diesen Maßnahmen viel besser.

Was könnte ASEAN als eine zwischenstaatliche Organisation tun, um die Situation für Geflüchtete in seinen Mitgliedsländern zu verbessern?

ASEAN muss sich von ihrem Prinzip der Nichteinmischung und nationaler Souveränität verabschieden und anerkennen, dass Vertreibung und erzwungene Migration regionale Probleme mit potenziell destabilisierenden Auswirkungen sind, die

deswegen regionale Kooperation benötigen. Die ASEAN-Erklärung zum Schutz der Rechte von Arbeitsmigranten (Declaration on the Protection and Promotion of the Rights of Migrant Workers) von 2007 konzentriert sich ausschließlich auf Arbeitsmigranten und erwähnt Flüchtlinge oder Asylsuchende nicht einmal. ASEAN sollte ein regionales Rahmenkonzept und eine gemeinsame Flüchtlings- und Asylpolitik sowie Handlungsanweisungen entwickeln, welche Schritte unternommen werden müssen, wenn aufgrund interner Probleme in einem Mitgliedsstaat die Menschen in die Nachbarstaaten fliehen. Solche Regeln könnten dazu beitragen, auch in der Zukunft die Eskalation von Konflikten und ethnisch oder religiös begründeten Spannungen zwischen Staaten abzufedern.

Was halten Sie für die dringlichsten Herausforderungen in der Region bezüglich Migration?

Abgesehen von der Inhaftierung von Migranten möchte ich drei Flüchtlingsgruppen hervorheben, die alle aufzeigen, wie notwendig dauerhafte Lösungen sind.

- Die erste findet sich in Thailand entlang der Grenze zu Myanmar, wo 100 000 Karen, Karenni und kleinere Gruppen anderer ethnischer Minderheiten aus Myanmar seit 30 Jahren in neun vorläufigen Lagern für Vertriebene leben.
- Eine andere ethnische Minderheit, die Chin, flohen aus Myanmar nach Indien und Malaysia. Die Chin stehen einer unsicheren Zukunft gegenüber, weil das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR den Prozess der Aufhebung ihres Flüchtlingsstatus' begonnen hat, aufgrund der Annahme, dass sie keinen internationalen Schutz mehr benötigen.
- Und im August 2017 war die Welt Zeuge der Massenflucht von mehr als 700 000 Rohingya von Myanmar nach Bangladesch. Auslöser war der Ausbruch von Gewalt in Myanmars Rakhine-Staat. Die Rohingya sind eine Bevölkerungsgruppe, die von der burmesischen Regierung nicht als Bürger anerkannt wird, weswegen sie staatenlos sind. Mehr als 900 000 von ihnen leben nun in Cox's Bazar in Bangladesch, das eines der dichtbesiedeltesten und jetzt auch größten Flüchtlingslager der Welt ist.

Diese Flüchtlingsgruppen haben eines gemeinsam: Die betreffenden Staaten haben sich mit den zugrunde liegenden Ursachen der Vertreibung noch nicht umfassend beschäftigt.

Wie kann APRRN den allgemeinen Trend beeinflussen?

Durch gemeinsame Interessensvertretung und Lobbying zielt APRRN darauf, mehr Rechte für Geflüchtete auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene durchzusetzen. Auf nationalem Level wollen wir lokale zivilgesellschaftliche Akteure und nationale Netzwerke stärken, damit sie mit regionalen Gremien wie ASEAN verhandeln können.

Sehen Sie auch positive Entwicklungen?

In Thailand arbeiten APRRN und seine Partner zusammen mit der Regierung an der Entwicklung und Umsetzung des Pilotprojekts „Alternativen zur Haft“. Die Regierung hat sich öffentlich dazu verpflichtet, ein nationales System für das Management von Geflüchteten und Asylsuchenden zu entwickeln. In Malaysia nimmt die NGO SUKA Society – ein Mitglied von APRRN – an einer Arbeitsgruppe mit Regierungsmitgliedern teil, um auf praktischer Ebene zu entscheiden, wie unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Aufnahmegesellschaft untergebracht werden können. In Südkorea wurde 2013 ein umfassendes Flüchtlingsgesetz verabschiedet, und in Taiwan hat APRRNs Arbeit mit Richtern und der Nationalen Einwanderungsbehörde zu einem Entwurf für ein Flüchtlingsgesetz geführt; wenn es verabschiedet wird, sind Geflüchtete dann rechtlich anerkannt.



SUSSI PRAPAKRANANT ist Programmleiterin beim Asia Pacific Refugee Rights Network (APRRN). Sie lebt in Bangkok, Thailand.

sussi@aprrn.info

<http://aprrn.info/>

LINK

Amnesty International and Refugee Council of Australia report, 2018:

<https://www.amnesty.org/en/documents/asa34/9422/2018/en/>

Sicherheit auf Zeit

Zigtausende Rohingya sind aus Myanmar nach Bangladesch geflüchtet. Dort können sie bestenfalls auf humanitäre Hilfe in tristen Flüchtlingslagern hoffen. Die internationale Gemeinschaft beachtet sie zu wenig.

Von Ridwanul Hoque und Ashraf Azad

Zahlenmäßig gehört Bangladesch zu den zehn größten Aufnahmeländern für Flüchtlinge der Welt. Seit August 2017 ist die Anzahl an Rohingya-Flüchtlingen drastisch gestiegen. Diejenigen, die es über die Grenze schaffen, entkommen völkermordartigen Pogromen (siehe Kasten, S. 22). Als die Flüchtlinge in Massen kamen – hungrig, erschöpft, traumatisiert und teils sogar verletzt –, empfingen tausende Freiwillige sie mit Essen, Medikamenten, Kleidung und anderen lebensrettenden Mitteln an der Grenze und retteten Menschenleben, bevor internationale Hilfe kam. Doch leider nehmen die Ressentiments seither zu.

Die Flüchtlingslager im Südosten des Landes sind riesig und haben die Umwelt zerstört. Vormalig saftig grüne Hügel sind inzwischen Ödland – gerodet für Unterkünfte und Feuerholz. Auch die Trinkwasserversorgung für derartige Menschenmengen

strapaziert die Umwelt, eine angemessene Sanitärversorgung ist schwierig.

Anfangs nahmen die Menschen vor Ort die Flüchtlinge herzlich auf, doch bald kam es zu Frust und sozialen Spannungen. In manchen Gegenden leben inzwischen doppelt so viele Flüchtlinge wie Einheimische. Internationale Hilfsmaßnahmen greifen die relevanten Fragen teils auf. Es gibt einheimische Jugendliche, die in den Lagern der Nichtregierungsorganisationen arbeiten – die meisten Einheimischen aber leiden ernstlich Not. Essen, sonstige Waren und Wohnraum sind so teuer geworden, dass viele wegziehen mussten. Wer bleibt, sorgt sich um seinen Lebensunterhalt, sein Eigentum, die Umwelt. Für ihre Not machen sie zunehmend die Flüchtlinge verantwortlich.

Die Regierung spielt eine wichtige Rolle bei der Verwaltung der Lager und der Versorgung der Flüchtlinge, die sie bevorzugt als „gewaltsam vertriebene myanmarische Staatsangehörige“ bezeichnet. Bangladesch ist der Flüchtlingskonvention von 1951 und ihrem Protokoll von 1967 nicht beigetreten. Auch ein nationales Gesetz für Flüchtlinge und Asylsuchende gibt es nicht. Die Behörden können somit weitgehend frei entschei-

den. Beamte und Sicherheitskräfte setzen die Regierungspolitik um. Hauptorgan ist der Refugee Relief and Repatriation Commissioner (RRRC). Er arbeitet eng mit UN-Organisationen und hunderten von internationalen und nationalen NGOs zusammen.

RÜCKFÜHRUNGSPOLITIK

Die Regierung dringt darauf, dass die Flüchtlinge nach Myanmar zurückkehren müssen. Bangladeschs Diplomaten sollen die internationale Gemeinschaft davon überzeugen, dass Myanmar verpflichtet ist, sie wiederaufzunehmen. Im November 2017 unterzeichnete Bangladesch mit Myanmar eine bilaterale Vereinbarung über die freiwillige Rückführung der Rohingya. Der geplante Beginn im Januar 2018 wurde verschoben, auch der zweite Anlauf im November 2018 scheiterte. In Bangladesch protestierten die Flüchtlinge, in Myanmar gingen buddhistische Mönche gegen deren Rückführung auf die Straße.

Die Flüchtlinge fordern die „volle Staatsbürgerschaft“ von Myanmar und eine Anerkennung als ethnische Rohingya, andernfalls verweigern sie die Rückkehr. Myanmars Regierung aber spricht den Rohingya die Staatsbürgerschaft ab und will sie in sogenannten Transitlagern und Aufnahmezentren unterbringen. Zentren für intern vertriebene Rohingya wurden 2012 errichtet, heute leben dort rund 120 000 Rohingya – marginalisiert, ausgebeutet und chancenlos. Gleiche Rechte gibt es für sie nicht. Flüchtlinge in Bangladesch befürchten zu Recht, zurück in Myanmar in die gleiche Lage zu kommen.

Inzwischen sucht Bangladeschs Regierung Alternativen für die Unterbringung der Flüchtlinge. Sie errichtete Lager auf Bhasan Char, einer bis dahin unbewohnten, erst kürzlich entstandenen Deltainsel, auf der häufig Wirbelstürme wüten. Obwohl die Regierung einiges in Dämme investiert hat, warnen Flüchtlingsvertreter und Menschenrechtsgruppen vor einer Katastrophe. Vor allem fürchten sie, dass die Insel zu einer gefängnisähnlichen Siedlung werden könnte, in der Flüchtlinge interniert werden.

Der Druck auf Bangladesch erhöht sich durch die Zwangsausweisung von Rohingya aus Indien und Saudi-Arabien. Derzeit leben in ganz Indien rund 40 000 Rohingya-Flüchtlinge in improvisierten Lagern und städti-



Flüchtlingslager Balukhali im Südosten Bangladeschs im Februar 2019.

schen Slums. Nach zunehmenden Belästigungen durch Polizei und hinduistische nationalistische Gruppen sahen sich im Januar etwa 1300 Rohingya gezwungen, über die Grenze nach Bangladesch zu fliehen.

Saudi-Arabien galt lange als sicherer Hafen, geschätzte 200 000 Rohingya lebten dort. Viele von ihnen haben gefälschte bangladeschische Pässe. Saudi-Arabien hat nun begonnen, sie zu deportieren. Mehrere Dutzend kamen in den vergangenen Wochen so nach Bangladesch. Bis zur Fertigstellung dieses Artikels Mitte März hatte sich die Regierung Bangladeschs nicht dagegen gewehrt. Sie sieht Saudi-Arabien als wichtigen Verbündeten.

Globale Politik

Leider hat die internationale Gemeinschaft es weitgehend versäumt, Gerechtigkeit für die von Myanmar begangenen Gräueltaten einzufordern. Ebenso wenig hat sie sich ernstlich bemüht, in Myanmar eine sichere Umgebung zu schaffen, damit die Flüchtlinge zurückkehren können. Das Problem ist: Die großen Weltmächte verfolgen lediglich ihre eigenen, eng gefassten nationalen Interessen.

China, Russland und Indien stehen grundsätzlich auf der Seite Myanmars. China und Russland haben sich auf UN-Sicherheitsratssitzungen mehrmals gegen Maßnahmen ausgesprochen. Bangladesch liegt viel an guten Beziehungen zu diesen Ländern.

In einem beispiellosen Schritt erklärte sich der Internationale Strafgerichtshof (ISTGH) zuständig für die Untersuchung des Straftatbestands der Abschiebung von Rohingya aus dem Nichtmitgliedstaat Myanmar in den Mitgliedstaat Bangladesch. Erstmals prüft der ISTGH damit ohne Auftrag des Sicherheitsrats ein Verfahren gegen einen Nichtmitgliedstaat. Ob dies viel bewirken wird, ist offen. Wichtige globale Akteure – neben Russland, China und Indien vor allem die USA – werden wohl alles tun, um den Fall zu beenden. Sie wollen nicht, dass sich eine internationale Norm durchsetzt, nach der sie eines Tages für ähnliche Taten verantwortlich gemacht werden könnten.

Obwohl der ISTGH-Ansatz einen gewissen internationalen Druck auf Myanmar ausübt, bleibt die Regierung stur. Nicht nur geht sie weiterhin grausam gegen die muslimischen Rohingya vor; inzwischen verfolgen sie auch ethnische Minderheiten, die überwiegend buddhistisch sind. Berichten zufolge sind auch einige von ihnen nach Bangladesch geflüchtet.

Lobenswert ist, dass Bangladesch bisher keine Rohingya zwangsweise nach Myanmar zurückgeführt hat, wo ihr Leben in Gefahr wäre. Es wird jedoch immer offensichtlicher, dass es in absehbarer Zeit keine Rückführung im großen Stil geben wird. Der Frust steigt damit nicht nur bei der Regierung, sondern alarmierenderweise auch bei der lokalen Bevölkerung.

Der kürzlich von der Regierung eingeleitete „Krieg gegen Drogen“ verschärft die Probleme (siehe Hoque und Shamin in E+Z/D+C e-Paper 2018/12, Schwerpunkt). Die Grenzübergänge im Südosten Bangladeschs sind berüchtigt für das Einschleusen illegaler Drogen. Einheimische und verzweifelte Flüchtlinge dienen als Drogenkurier. Fast ein Dutzend Rohingya wurde schon von Sicherheitskräften getötet. Auch Menschenhandel ist ein großes Problem, insbesondere für Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge.

Die Rohingya in Bangladesch sind weitgehend sich selbst überlassen. Das Einzige, worauf sie hoffen können, ist humanitäre Hilfe in den Lagern. Sie sind zwar vorerst in Sicherheit, aber Bildung, Unterkunft, Menschenrechte und ihre sozioökonomische Entwicklung kommen zu kurz.



RIDWANUL HOQUE
ist Juraprofessor an
der University of Dhaka.

ridwandulaw@gmail.com



ASHRAFUL AZAD
promoviert an der
juristischen Fakultät der
University of New South
Wales. Beide Autoren haben

in Flüchtlingslagern mit Rohingya gearbeitet.

Eine Geschichte der Verfolgung

Die Rohingya sind eine religiöse und ethnische Minderheit. Die meisten von ihnen sind Muslime. Traditionellerweise und seit Jahrhunderten dokumentiert leben sie im nördlichen Bundesstaat Rakhine (vormals Arakan) in Myanmar. Trotzdem verwehrt ihnen die Regierung Myanmars die Staatsbürgerschaft und bezeichnet sie als „Bengalis“. Die

Rohingya-Sprache ähnelt dem Bengali, ist aber anders.

Schon früher – zum Beispiel 1978 und 1991/92 – gab es Fluchtbewegungen aufgrund von Anti-Rohingya-Pogromen. Die aktuellen Flüchtlingszahlen aber sind beispiellos. Internationale Organisationen, darunter auch eine UN-Untersuchungskommission, sprechen angesichts

von Morden, Folter, Vergewaltigung und Zwangsarbeit von genozidaler Gewalt in Myanmar. Innerhalb weniger Monate beantragten mindestens 720 000 Rohingya Asyl. Derzeit beherbergt Bangladesch etwa eine Million Rohingya-Flüchtlinge in Lagern nahe der südöstlichen Grenze (siehe Hauptartikel).

In Myanmar werden Rohingya auch in Bezug auf Bildung, Arbeit, Gesundheitsversorgung und Ausübung der Religion diskriminiert. Die Re-

gierung weist alle Anschuldigungen als voreingenommen und politisch motiviert zurück.

Bangladesch ist mit 1200 Einwohnern pro Quadratkilometer eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt. Das durchschnittliche Jahreseinkommen liegt laut Regierung derzeit bei 1751 Dollar. Trotz großer eigener Probleme zeigte das Land eine außergewöhnliche humanitäre Größe, indem es eine Million Flüchtlinge aufnahm. (rh/aa)

Krisenherd Afghanistan

Afghanistan ist seit vier Jahrzehnten von Gewalt und politischen Krisen gebeutelt. Mehrere Millionen Menschen wurden zu Flüchtlingen, Hunderttausende von ihnen leben in Pakistan. Die internationale Gemeinschaft ist stark in die Krise involviert, unter anderem verhandelt die US-Regierung nun mit den radikal-islamistischen Taliban. Der wirtschaftliche Aufbau Afghanistans ruht vor allem auf den Schultern kleiner und mittlerer Unternehmen.



Scheindebatte

Von Mahwish Gul

Etwa 1,5 Millionen afghanische Flüchtlinge hätten von einer neuen Politik des pakistanischen Premierministers Imran Khan profitiert. Leider hat er sein Versprechen schnell wieder zurückgezogen.

Am 16. September 2018 sagte Imran Khan kurz nach der Wahl zum Premierminister auf einer Veranstaltung: „Afghanen, deren Kinder in Pakistan geboren und aufgewachsen sind, soll die Staatsbürgerschaft verliehen werden.“ Es war ein leidenschaftliches Plädoyer für Menschen, die bislang keine Aussichten auf legale Arbeit und Grundleistungen vom Staat hatten. Khans Plan war aber umstritten und es dauerte nicht lange, bis ein Rückzieher kam.

Khans Vorhaben hätte fast 1,5 Millionen Menschen geholfen und wäre eine Kehrtwende in der langjährigen Flüchtlingspolitik gewesen. Registrierte afghani-

sche Flüchtlinge bekamen bislang nur eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis. Die pakistanische Regierung wollte eine schnelle Rückführung, und die Sicherheitskräfte übten Druck auf die Flüchtlinge aus.

Khans Rede löste unterschiedliche Reaktionen aus. Die Internationale Gemeinschaft, das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) und afghanische Flüchtlinge würdigten den Vorstoß. Kritiker hinterfragten allerdings seine Intention. Manche hielten es für eine Masche, um Khans Partei, Pakistan Justice Movement, Stimmen zu sichern. Seine Partei setzt traditionell auf die Unterstützung der Paschtunen, eine ethnische Minderheit im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet, der auch viele afghanische Flüchtlinge angehören.

In der öffentlichen Diskussion kommen afghanische Flüchtlinge allerdings nicht gut weg. Sie werden häufig als kriminell erachtet und mit Drogenhandel, Schmuggel und Fälschungen in Verbindung gebracht. Zum Teil werden sie sogar in eine Schublade mit islamistischen Extremisten gesteckt.

Afghanistan ist seit vier Jahrzehnten von Gewalt und politischen Krisen gebeutelt. 1979 löste die sowjetische Intervention die erste Vertreibungswelle aus, bei der rund 3 Millionen Menschen von Afghanistan nach Pakistan flüchteten. In dieser Zeit unterstützte der Westen die antisowjetischen Mudschaheddin, während sich in den Flüchtlingslagern die radikal-islamistischen Taliban formierten. Der Rückzug der Sowjets brachte keinen Frieden. Schließlich übernahmen die Taliban die Kontrolle. Die Terrorattacken am 11. September 2001 in New York und Washington markierten allerdings den Wendepunkt ihrer Macht. Kurz darauf stürzten US-amerikanische Truppen die Taliban-Regierung.

Nach dem 11. September sah die pakistanische Regierung afghanische Flüchtlinge als Gefahr für die innere Sicherheit. Flüchtlinge wurden zur Rückkehr gedrängt und eingeschüchtert. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch forderte die pakistanische Regierung 2002 auf, „die Schikanen, Erpressungen und grundlosen Inhaftierungen zu stoppen und die erzwungene Rückführung afghanischer Flüchtlinge einzustellen“.

Dem UNHCR zufolge halten sich offiziell 1,4 Millionen afghanische Flüchtlinge in Pakistan auf. Weitere 800 000 Afghanen leben legal im Land ohne Flüchtlingsstatus und schätzungsweise fast 1 Million illegal. 2017 berichtete Human Rights Watch über „massenhafte Zwangsrückführungen von afghanischen Flüchtlingen“, die offiziell „freiwillige Rückkehr“ genannt wurden.

Die Flüchtlinge leben unter schwierigen Bedingungen. Die Ärmsten der Armen können sich trotz Unterstützung des UNHCR weder die Gebühren für die Rückführung leisten, noch nach Hause zurückkehren. Sehr viele von ihnen sind in Pakis-



Afghanische Flüchtlinge feiern den pakistanischen Präsidenten Imran Khan in Karachi im September 2018.

tan geboren und aufgewachsen. Sie arbeiten meist im informellen Sektor in schlecht bezahlten Jobs, denn laut Gesetz dürfen sie kein Gewerbe anmelden und Steuern zahlen.

Die meisten Pakistaner sehen afghanische Flüchtlinge als Belastung, obwohl sie seit langem die lokale Wirtschaft ankurbeln. Nur ein paar Menschenrechtsorganisationen erkennen sie als marginalisierte Gruppe an, die bessere Chancen verdient.

Imran Khans Plan, Afghanen mit in Pakistan geborenen Kindern die Staatsbürgerschaft zu verleihen, wurde scharf kritisiert, und er ruderte zurück. Ein politischer Kommentator sagte dazu: „Eine Idee zu haben und populär zu machen ist eine Sache, aber sie auch wirklich umzusetzen, ist eine andere.“ Der Regierungschef hat versucht, eine Debatte auszulösen, die Pakistan dringend braucht. Aber auch ein halbes Jahr später hat sich noch nichts getan.

Ausgegrenzte Regierung

Von Nawid Paigham

Die afghanische Regierung hat lange Druck gemacht, damit Washington sich an den Friedensverhandlungen mit den Taliban beteiligt. Jetzt führt die Trump-Regierung Gespräche mit den radikalen Islamisten, allerdings ohne die afghanische Führung.

Ende 2001 rückte ein weit abgelegener Krisenstaat ins Licht der Öffentlichkeit: Hinter den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington steckte al-Qaida, ein Terror-Netzwerk, das hauptsächlich in Afghanistan operierte. US-Truppen stürzten das Taliban-Regime gemeinsam mit oppositionellen Milizen und wurden schon bald von einer internationalen Koalition unterstützt, die ein Mandat des UN-Sicherheitsrats hatte. Seitdem sind immense Mengen finanzieller, militärischer und humanitärer Hilfe in das Land geflossen. Das Ziel der Koalitionspartner war, den Terrorismus endgültig zu besiegen und Afghanistan zu demokratisieren.

Trotz der großzügigen Hilfsleistungen lebt ein Drittel der Afghanen heute immer noch unter der Armutsgrenze. Humanitäre Hilfe ist nach wie vor nötig. Der Staat ist fragil und wird immer wieder von Extremisten geschwächt. Die afghanische Regierung bleibt auf die militärische Unterstützung von außen angewiesen.

Afghanistan war mehr als 15 Jahre lang eine der Top-Prioritäten US-amerikanischer Politiker. Für den geplanten Rückzug von Präsident Donald Trump gibt es aber naheliegende Gründe. Der Krieg in Afghanistan ist der längste in der US-Geschichte, und er ist teuer. Außerdem wird er zunehmend unbeliebt, vor allem, weil sich wenig verbessert hat. Die Taliban gewinnen seit ein paar Jahren sogar wieder an Stärke. Die US-Regierung hat nun Friedensverhandlungen begonnen, allerdings ohne den afghanischen Präsidenten Aschraf Ghani.

Die Ironie der Geschichte: Afghanistans Regierung versuchte jahrelang die Taliban an den Verhandlungstisch zu holen. Sie bot den Mitgliedern sogar Posten in der Regierung an. Aber die Taliban lehnten ab und weigerten sich, mit „amerikanischen Marionetten“ zu sprechen. Washington bezeichnete dagegen die Taliban immer als Terroristen, die als Verhandlungspartner nicht in Frage kamen. Trump hat nun alles auf den Kopf gestellt und plant einen schnellen Truppenabzug. Wenn er aber die rechtmäßige Regierung aus den Gesprächen ausschließt, gibt er die Demokratisierung praktisch auf.

Die Verhandlungen zwischen den USA und den Taliban sind inzwischen vorangekommen. Beide Seiten wollen eine Einigung. Die Taliban sehen wohl im Abschluss der afghanischen Regierung eine Chance.

Trumps Herangehensweise an internationale Politik ist inkonsequent. Auf der einen Seite betont er, die USA sollten nicht Weltpolizei spielen und für die Verteidigung anderer Geld ausgeben. Andererseits möchte er, dass sie eine Weltmacht außer Konkurrenz bleiben. Der Truppenabzug folgt klar dem ersten Prinzip, schwächt aber gleichzeitig den geostrategischen Einfluss der USA. Gegen Trumps Pläne gibt es nicht nur von Ghani Widerstand. Auch in Washington wehren sich Abgeordnete, auch aus den Reihen der Republikaner.



Das war 2017: US-Präsident Donald Trump (r.) und sein afghanischer Amtskollege Aschraf Ghani in New York.

Die Menschen in Afghanistan sehen unterdessen den wachsenden Einfluss der Taliban mit Sorge. Seit dem Sturz des Regimes 2001 hat sich die Situation vor allem in den Städten deutlich verbessert. Das gilt etwa für die Einhaltung der Menschenrechte, der Meinungsfreiheit und der Rechte der Frauen. Auch wirtschaftliche und politische Institutionen sind stärker geworden, wenn auch noch nicht stark genug. Demokratische Ideen haben sich inzwischen etabliert und brauchen weitere Unterstützung. Im Ausland denken sogar einige Flüchtlinge darüber nach, wieder nach Afghanistan zurückzukehren, andere halten es jedoch noch für zu gefährlich.

Der derzeitige US-Kurs verstärkt die Sorgen der Afghanen. Unbedachte und voreilige Entscheidungen könnten zerstörerische Folgen haben. Wenn die US-Regierung die afghanische Regierung an den Rand drängt, gefährdet sie die jahrzehntelang hart erkämpften Errungenschaften. Vor knapp 18 Jahren haben sich die westlichen Mächte zu einem Entwicklungsmodell in Afghanistan verpflichtet. Den Erwartungen wurden sie bislang nicht gerecht. Dennoch hat ihre Präsenz im Land stets Hoffnung gebracht. Sollten die USA jetzt Afghanistan den radikalen Islamisten überlassen, dann werden das die Menschen weder in Afghanistan je vergessen noch in einem anderen muslimischen Land.

Passende Finanzierung

Von Bernd Leidner

Trotz der andauernden Krise in Afghanistan behauptet sich der Privatsektor gut. Besonders kleine und mittlere Unternehmen haben das Potenzial, die wirtschaftliche Entwicklung zu beflügeln und den Aufbau des Landes voranzutreiben. Voraussetzungen dafür sind gezielte Unterstützung und Zugang zu Finanzierung.

Afghanistan liegt an der alten Seidenstraße und hat eine lange unternehmerische und Händlertradition. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind heute der Motor der Privatwirtschaft: Laut einer Studie des Thinktanks Afghanistan Research and Evaluation Unit von 2014 sind 85 Prozent aller Unternehmen KMU, sie generieren die Hälfte der Wirtschaftsleistung und stellen 35 Prozent der Beschäftigung. Um den Mittelstand weiter zu fördern, kommt der Finanzwirtschaft eine wesentliche Rolle zu.

Zahlreiche Initiativen verbessern den Zugang zu Finanzierung. Nötig ist weitere Formalisierung der Wirtschaft. Banken und offiziell registrierte Mikrofinanzinstitutionen (MFI) haben sich seit 2004 neu etabliert, decken bisher aber nur einen kleinen Anteil der Unternehmensfinanzierungen ab. Der größte Anteil entfällt auf Privatdarlehen und den informellen Sektor: Nur zwei

Prozent aller Unternehmen nutzen Bankkredite zur Finanzierung ihrer Investitionen. Bankkredite an Privatunternehmen entsprechen nur 3,5 Prozent der nationalen Wirtschaftsleistung. Das ist laut OECD der niedrigste Wert weltweit.

Geschätzte 80 Prozent der Immobilien in Afghanistan haben keinen offiziellen Grundbucheintrag und können daher nicht als Kreditsicherheit dienen. Folglich erfüllen selbst wohlhabende Unternehmer mit umfangreichem Grundbesitz die Anforderungen der Banken nicht. Die meisten Betriebe haben keine geordnete Finanzbuchhaltung, und Geschäftspläne werden äußerst selten vorgelegt. Somit prägt ein sehr hohes Maß an Unsicherheit Kreditentscheidungen in Afghanistan.

Um die Risiken der Kreditvergabe und den Mangel an Sicherheiten abzufedern, die die Banken akzeptieren, sind Kreditbürgschaften wichtig. Die ACGF – Afghan Credit Guarantee Foundation deckt etwa die Hälfte der Kredite an KMU in Höhe von rund 50 Millionen Dollar ab (Stand Ende 2017). Eine externe Evaluierung hat vor kurzem gezeigt, dass die meisten der ACGF-Partner diese Zielgruppe ohne die Kreditbürgschaften nicht oder nur in sehr viel geringerem Maße bedienen würden.

Neben den tatsächlichen spielen auch die hohen angenommenen Risiken eine Rolle. Diese rühren daher, dass der Finanzsektor bisher nur wenig Erfahrung mit KMU hat. Grundlagenausbildung, die Entwicklung innovativer Produkte – zum Beispiel für erneuerbare Energien, islamische Kredite oder Fintech-Instrumente – und Unterstützung bei der Öffnung zu neuen Kunden wie Unternehmensgründern oder frauengeführten Betrieben können dazu beitragen, Mittelstandsfinanzierung zu verbessern.

Millionen von Afghanen mussten während des Bürgerkriegs ihr Land verlassen, die meisten gingen nach Pakistan und in den Iran. Viele von ihnen werden derzeit gezwungen, ihre Gastländer zu verlassen; einige entscheiden sich auch freiwillig dazu. Die vielen Rückkehrer stellen zwar in vielerlei Hinsicht eine Belastung für Afghanistan dar, bergen aber auch Chancen für den Mittelstand. In den meisten Fällen gründen Rückkehrer zunächst Mikrounternehmen, aber viele haben berufliche Qualifikationen und Erfahrungen, mit denen sie auch größere Betriebe führen und so Arbeitsplätze schaffen können.

Die Finanzwirtschaft ist einer der wesentlichen Schlüssel zur weiteren Förderung des Mittelstands. Dies hat auch die afghanische Zentralbank erkannt und vor kurzem Kreditbürgschaften als vollwertigen Ersatz für dingliche Sicherheiten zugelassen sowie generell die Vorschriften für die Absicherung von Krediten gelockert. Das erleichtert den Banken und MFI die Kreditvergabe stark. Mit Unterstützung von Weltbank, OECD und EU hat die afghanische Regierung zudem eine Strategie zur Förderung des Privatsektors erarbeitet. Zugang zu Finanzierung und Formalisierung der Wirtschaft sind dabei zentrale Bestandteile, stehen aber noch am Anfang. Mit Kreditbürgschaften zur Risikoübernahme, Beratung und Ausbildung für den Finanzsektor und regulatorischer Begleitung durch Zentralbank und Regierung wird sich der Privatsektor weiter positiv entwickeln können.

LINK

OECD, 2019: Boosting private sector development and entrepreneurship in Afghanistan. OECD Publishing, Paris.
<http://www.oecd.org/eurasia/competitiveness-programme/central-asia/Boosting-Private-Sector-Development-and-Entrepreneurship-Afghanistan-2019-EN.pdf>



MAHWISH GUL
kommt aus Islamabad und studiert Entwicklungsmanagement an der Ruhr-Universität Bochum

und der University of Western Cape in Kapstadt. Ihr Master-Studiengang gehört zur Arbeitsgemeinschaft entwicklungsbezogener Postgraduierten-Programme (AGEP).
mahwish.gul@gmail.com



NAWID PAIGHAM
ist ein Politikwissenschaftler in Berlin.

npeigham@gmail.com



BERND LEIDNER
ist Vorstandsvorsitzender der ACGF – Afghan Credit Guarantee Foundation. Die ACGF stellt Bürgschaften für

Kredite an KMU und technische Unterstützung des Finanzsektors in Afghanistan bereit.
b.leidner@acgf.de



Wer ein Unternehmen gründen will, braucht Geld. In Afghanistan stammt es in der Regel aus Privatdarlehen und dem informellen Sektor.

Rechtlosigkeit und Armut

Der Libanon ist eines der Länder der Erde, das die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat. Über eine Million Syrer und Palästinenser haben dort Zuflucht gefunden – in einem Land, das selbst nur 6,2 Millionen Einwohner hat. Die Situation ist schwierig, die Probleme sind vielfältig.

Von Mona Naggar

Mit Feuerwerk und Freudenschüssen feierten Libanesen Ende Januar die Bildung der neuen Regierung. Mehr als acht Monate politischer Krise waren überwunden. Die Menschen im Land schöpften Hoffnung, dass sich dieser Schritt positiv auf die Wirtschaftslage auswirken würde. Die Syrer im Libanon hatten dagegen weniger Grund zum Feiern. Der neue Minister für Flüchtlingsangelegenheiten Saleh Gharib gehört zu jener Fraktion in der libanesischen Regierung, die loyal zum syrischen Präsidenten Bashar al-Assad steht.

So war auch die erste Amtshandlung des Ministers nicht etwa der Besuch eines der vielen informellen Camps für syrische Flüchtlinge, sondern eine Stippvisite in Damaskus. Dort schloss er sich den offiziellen syrischen Verlautbarungen an, in denen es heißt, dass Syrien nun sicher sei und alle zurückkehren könnten. Dieser Besuch hat Unruhe unter den Flüchtlingen verursacht. Die Angst ist groß, dass es zu Zwangsrückführungen kommen könnte.

Seit dem Beginn der Auseinandersetzungen zwischen dem syrischen Regime und bewaffneten Oppositionsgruppen 2011 mussten Millionen Menschen ihre Heimat verlassen. Über 5 Millionen Syrer überquerten die Grenze in die Nachbarländer, vor allem die Türkei, Jordanien und den Libanon. Ungefähr eine Million syrische Flüchtlinge sind beim UN-Flüchtlingshilfswerk im Libanon registriert (947 000 Stand Januar 2019). Hinzu kommt eine unbekannte Zahl an nichtregistrierten Syrern. So sind etwa 20 Prozent der Bevölkerung im Libanon Syrer. Die meisten Menschen, die vor dem Krieg geflohen sind, haben sich in den Grenzgebieten im Norden und Osten des Landes niedergelas-

sen. Diese Gebiete gehören zu den ärmsten Regionen des Libanons.

Nasser Yassin vom Issam Fares Institute for Public Policy and International Affairs an der Amerikanischen Universität in Beirut (AUB) beschreibt die Situation sowohl in der libanesischen Aufnahmegesellschaft als auch bei den syrischen Flüchtlingen im Libanon als einen „Zustand der Erschöpfung“. Ungefähr 70 Prozent der Syrer leben unterhalb der Armutsgrenze in menschenunwürdigen Zuständen (siehe dazu auch meinen Beitrag im Schwerpunkt im E+Z/D+C e-Paper 2017/05). Über die Hälfte der syrischen Kinder im Alter zwischen drei und 18 Jahren gehen nicht zur Schule. Die Mehrheit der Libanesen, die in den Gebieten leben, in denen Syrer sich aufhalten, machen die Flüchtlinge für Engpässe bei der Strom- und Wasserversorgung verantwortlich. Proteste von Libanesen gegen syrische Geschäfte, weil sie ihnen mit niedrigen Preisen die Kunden wegschnappen, sind keine Seltenheit.

Für diese Situation gebe es mehrere Gründe, erläutert Yassin. Das Ausmaß der Einwanderung sei einfach zu groß für den Libanon. Der Zedernstaat ist ein politisch fragiles Land, das seine bewaffneten Konflikte der vergangenen Jahrzehnte noch nicht aufgearbeitet hat – von den innenpolitischen Spannungen ganz zu schweigen. Hinzu kommt der desolate Zustand der Infrastruktur. Das Verhältnis zwischen Libanesen und syrischen Flüchtlingen wird laut dem Wissenschaftler auch stark von den früheren Erfahrungen der Libanesen mit den palästinensischen Flüchtlingen im Land beeinflusst. „Im kollektiven Gedächtnis vieler Libanesen hat sich eine negative Grundeinstellung gegenüber Flüchtlingen festgesetzt“, sagt Yassin. Eine Rolle spielen auch der Rückgang der internationalen Solidarität in der Welt. Der Aufstieg der populistischen rechten Bewegungen in den Ländern des globalen Nordens habe die Haltung dieser Länder zu Flüchtlingen verändert. Die Bereitschaft, Menschen auf der Flucht aufzunehmen, sei zurückgegangen.



FEHLENDE POLITISCHE STRATEGIE

Diese Faktoren werden noch verstärkt durch das Fehlen einer klaren und durchdachten Strategie und Haltung des libanesischen Staates: „Jede Gruppe oder lokale Macht im Land strickt an ihrer eigenen Politik gegenüber den syrischen Flüchtlingen, je nach ihren politischen und populistischen Interessen“, sagt der Wissenschaftler.

Ein Rückblick auf die Vorgehensweise libanesischer Behörden mit den syrischen Flüchtlingen in den vergangenen Jahren bestätigt die Analyse von Nasser Yassin. Bis Anfang 2015 konnten Syrer ohne Visa in den Libanon einreisen. Das war Teil einer sehr engen, aber nicht unproblematischen Beziehung der beiden Länder seit der Unabhängigkeit beider Staaten. Die Flüchtlinge kamen legal über die Grenze, konnten sich frei über das ganze Land verteilen und sich beim UN-Flüchtlingshilfswerk registrieren. Immer wieder gab es Diskussionen und Pläne, Lager zu errichten. Die Menschen sollten zentral aufgenommen und versorgt werden. Konkret wurden diese Überlegungen nie. Angesichts der Erfahrungen des Libanon mit den Lagern der Palästinenser, die sich in dauerhafte Einrichtungen verwandelt haben, war diese Idee nie populär. Stattdessen führte das Innenministerium als eine Art Regulierung Einreisebeschränkungen ein, hohe Gebühren für die Verlängerung des Aufenthalts und das Kafala-System (Bürgerschaft) für Syrer.

Flüchtlinge kamen trotzdem, aber fortan illegal über die grüne Grenze. Den meisten Syrern war es aus finanziellen Gründen nicht möglich, ihren Aufenthalt zu verlängern. Die Folgen sind katastrophal: Über 70 Prozent der Syrer im Zedernstaat haben keinen gültigen Aufenthaltsstatus. Sie müssen illegal arbeiten. Hunderttau-



Ärmliche Zustände in einem Flüchtlingslager für Syrer in der Bekaa-Ebene im Libanon.

send Menschen sind Opfer von Ausbeutung einheimischer Arbeitgeber und Schikanen der Sicherheitsbehörden.

Khalil Jebara, ehemaliger Berater des Innenministeriums, gibt zu, dass der illegale Status Hunderttausender Syrer im Land nicht im Interesse des Libanon sei, da er den Überblick und die Kontrolle über die Menschen, die sich auf seinem Territorium aufhalten, verliere. Aber der Staat sei unfähig, eine konstruktive Politik gegenüber den syrischen Flüchtlingen auszuarbeiten, weil jede der verschiedenen libanesischen politischen Kräfte, die auch in der Regierung vertreten ist, eine eigene Lesart der Krise in Syrien und somit des Umgangs mit den Flüchtlingen im Land hätte. Der Minimalkonsens aller Fraktionen ist: „Nein“ zum Tawtin, zur festen Ansiedlung der Flüchtlinge, Nein zum erleichterten Zugang zu Arbeit.

NICHTSYRISCHE FLÜCHTLINGE

Vergleicht man jedoch den Umgang des libanesischen Staates mit den Flüchtlingen aus Syrien mit der Politik gegenüber anderen Flüchtlingsgruppen im Land – Palästinenser, Iraker, oder auch ausländische Arbeiter aus asiatischen und afrikanischen Ländern –, dann ist die Wiederholung eines

Musters erkennbar. Menschen werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt und entrechtet. Nizar Shaghiyeh, Rechtsanwalt und Chefredakteur von Legal Agenda, sieht darin die Produktion von Rechtlosigkeit und Armut. So lautet auch die Publikation der gleichnamigen Organisation, die die rechtlichen Entwicklungen im Libanon aufarbeitet. Ein Teil dieses Musters ist der starke Fokus auf den Sicherheitsaspekt. Alle Flüchtlinge werden als potenzielles Sicherheitsrisiko eingestuft.

Nach Angaben der United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (UNRWA) sind im Libanon 422 000 palästinensische Flüchtlinge registriert. Die tatsächliche Zahl der Palästinenser ist allerdings viel niedriger – ungefähr 170 000, wie eine Zählung aus dem Jahr 2017 zeigt.

Es sind Nachfahren der Menschen, die bei der Staatsgründung Israels und während der Kriege 1948 und 1967 ihr Land verlassen und in den Nachbarländern Zuflucht finden mussten. Viele Palästinenser leben in den Lagern von damals, die sich in den vergangenen Jahrzehnten zu Stadtteilen entwickelt haben, oft auch zu Slums.

Obwohl die Palästinenser seit Generationen im Libanon leben, verwehrt ihnen

der Staat viele Rechte. Viele Berufe, besonders die besserqualifizierten, dürfen sie nicht ausüben. Eigentum außerhalb der Lager zu erwerben ist verboten. Die staatliche Sozial- und Krankenversicherung bleiben ihnen weitgehend verschlossen. Palästinensische Kinder sind von staatlichen libanesischen Schulen ausgeschlossen (siehe hierzu auch meinen Beitrag im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2017/01). Bei der staatlichen Universität werden sie wie Ausländer behandelt und unterliegen einer Quote. Mit dieser Politik versuchen libanesischen Regierungen seit Jahrzehnten das sogenannte Tawtin, die feste Ansiedlung der Palästinenser im Libanon, zu verhindern.

Die Folge dieser Diskriminierung ist sozialer Abstieg und Armut. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO hat in einer Studie 2012 festgestellt, dass die Hälfte der Palästinenser im Libanon nicht mehr als 333 Dollar monatlich verdienen. Laut dem Kinderhilfswerk UNICEF besuchen 96 Prozent der sechs- bis elfjährigen palästinensischen Jungen und Mädchen eine Schule. Im Alter von 12 bis 14 sind es nur noch 63 Prozent und von 15 bis 17 nur noch 40 Prozent. Viele Jugendliche gehen arbeiten. Die einzige Möglichkeit für Palästinenser, ein besseres Leben zu führen, ist die Auswanderung in andere Länder. Deswegen ist es nicht verwunderlich, dass ihre Zahl im Libanon stetig abnimmt. Die Rückkehr nach Palästina bleibt eine Utopie.

Anders ist die Situation für die Syrer. Die Heimat ist zugänglich, allerdings fehlen die Voraussetzungen für eine freiwillige, sichere und würdige Rückkehr, auch wenn in vielen Landesteilen keine Kriegshandlungen mehr stattfinden. Ob und wann diese Voraussetzungen erfüllt sein werden, hängt vom politischen Prozess in Syrien ab. Derweil wächst die nächste Generation an jungen Syrern im Libanon auf.

Nasser Yassin von der AUB nimmt die reichen Länder des Nordens in die Pflicht. Er fordert sie auf, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, um die Last des Libanons erträglicher zu machen und den Menschen eine Perspektive zu geben.



MONA NAGGAR
ist Journalistin und Trainerin.
Sie lebt in Beirut, Libanon.

mona.naggar@googlemail.com

„Es gibt sie immer noch“

Agadez im Zentrum von Niger ist eine wichtige Durchgangsstation für Flüchtlinge auf dem Weg von West- und Ostafrika nach Algerien und Libyen. Viele wollen weiter nach Europa. Der Journalist und Berater Ibrahim Manzo Diallo beschreibt, wie sich die Situation vor Ort verändert hat, seit sich die EU in Niger in der Flüchtlingsfrage engagiert.

Ibrahim Manzo Diallo im Interview mit Katja Dombrowski

Sie sind in Agadez geboren und beobachten die Situation vor Ort seit vielen Jahren. Die Stadt ist international als Transitort für Flüchtlinge auf dem Weg nach Nordafrika und Europa bekannt geworden. Wie viele Flüchtlinge gibt es in der Stadt, und wo kommen sie her?

Es ist unmöglich, die genaue Zahl der Flüchtlinge und Migranten in Agadez anzugeben. Schätzungsweise warten allein mehr als 2500 Sudanesen auf ihre Anerkennung als Flüchtlinge. Sie haben es hier schwer, denn ihnen wird vorgeworfen, ehemalige

Rebellen aus Darfur oder dem Krieg in Libyen zu sein, deshalb werden sie stigmatisiert. Die Sudanesen sind 15 Kilometer außerhalb der Stadt untergebracht, ohne gesundheitliche oder psychosoziale Versorgung, die sie dringend brauchen. Es gab sogar Selbstmordversuche in ihren Reihen. Außerdem stecken hier mehrere hundert Migranten in Ghettos fest. Die Migranten stammen aus westafrikanischen Ländern, die meisten Flüchtlinge aus Ostafrika.

Sie machen bewusst eine Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Migranten. Was ist der Unterschied?

Die Migranten hier in Agadez haben sich auf den Weg gemacht, weil sie ein besseres Leben suchen. Die Flüchtlinge, viele von ihnen aus dem Sudan, Eritrea und Somalia, kommen aus Libyen hierher zurück und warten darauf, einen Aufenthaltstitel oder die Anerkennung als Flüchtlinge zu bekommen.

Wieso stecken die Migranten in Ghettos fest, wie Sie sagen?

Seit fast zwei Jahren, seit Beginn der Repression durch das Gesetz 036/2015, kommen sie nicht mehr weg. Seitdem ist es verboten, Migranten zu transportieren oder zu beherbergen. Unterkünfte wurden geschlossen, Fahrzeuge konfisziert, und die bekannten Routen werden nun von Sicherheitskräften Nigers bewacht, genauso wie die Grenzen und auch Städte wie Agadez. Schleuser, die aufgegriffen werden, kommen ins Gefängnis, während die Migranten der Internationalen Organisation für Migration (IOM) übergeben werden.

Welche Rolle spielt die Politik der EU dabei?

Die EU steckt hinter allen Mechanismen zur Eindämmung der Migration und Beschränkung der Bewegungsfreiheit. Europa verlegt seine Außengrenze nach Agadez und verfügt mit dem Treuhandfonds für Afrika über ein ökonomisches Instrument, das sehr nach Erpressung aussieht und die Entwicklungsbemühungen von Ländern wie Niger ernsthaft untergräbt. In Niger laufen derzeit 11 Projekte mit einem Gesamtwert von 229 Millionen Euro im Rahmen des EU-Treuhandfonds für Afrika. Fast alle haben mit Migration zu tun, und einige, wie die Einrichtung eines „gemeinsamen Ermittlungsteams“ und einer „schnellen Eingreiftruppe“, zielen direkt darauf ab, die Bewe-



Rückkehrer aus Algerien warten im nigrischen Agadez auf ihre Rückführung in ihr Heimatland Sierra Leone durch die Internationale Organisation für Migration.

gung potenzieller Migranten zu verhindern. Diese Maßnahmen schaden der lokalen Bevölkerung massiv.

Heißt das, dass jetzt niemand mehr nach Norden weiterfährt?

Nein. Trotz des Risikos gibt es immer noch Schleuser, die Flüchtlinge transportieren. Die Migranten sammeln sich zum Teil Dutzende Kilometer südlich von Agadez und nehmen von dort aus Wege durch die Wüste. An der Grenze angekommen, werden sie von Komplizen der Schleuser entgegengenommen und weiter nach Sebha in Libyen gebracht.

Die Flucht durch die Sahara war schon immer gefährlich. Ist sie nun noch gefährlicher geworden?

Ja, die Risiken sind stark gestiegen. Da die bekannten Routen nun bewacht werden, nehmen die Schleuser Wege, die in keiner Karte verzeichnet sind. Diese sind länger und gefährlicher. Migranten und ihre Schleuser kommen ums Leben, wenn sie sich verfahren oder ihr Auto liegenbleibt. Dann verdursten sie. Manche Migranten wurden auch schon in der Wüste ausgesetzt.

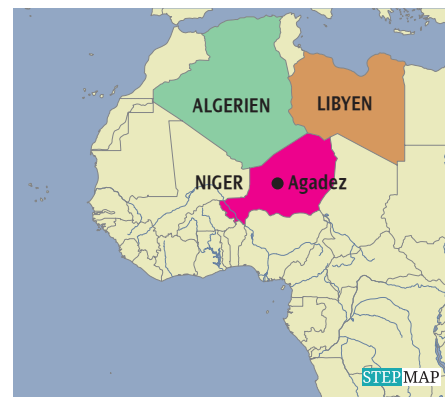
In den vergangenen zwei Jahren gab es mindestens 60 Todesfälle in der Wüste von Niger und Libyen.

Was denken Sie, wie viele ihr Ziel erreichen?

Das ist sehr schwer zu sagen, da sie viele verschiedene Routen nehmen. Auf jeden Fall ist die Zahl der Menschen, die nach Libyen und von dort aus weiter nach Europa wollen, in den vergangenen Jahren zurückgegangen. Aber es gibt sie immer noch.

Gibt es auch viele Rückkehrer in Agadez?

Oh ja. Allein im vergangenen Jahr gab es 28 000 Rückkehrer aus Algerien. Auch aus Libyen kommen viele zurück. Sie werden vom UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder der IOM hergebracht. Die Rückkehrer melden sich freiwillig, dafür bekommen sie ein Rückkehrer-Paket und sogar Bildungsmaßnahmen. Meiner Meinung nach löst das das Problem aber nicht. Viele werden nach der Rückkehr in ihre Heimat erneut nach Agadez kommen – nicht, um weiter nach Libyen zu fahren, sondern um unter neuem Namen noch einmal diese Hilfe zu erhalten. Die EU und afrikanische Staaten können keine Beziehungen des Vertrauens und ge-



genseitigen Respekts aufbauen, solange sie das Recht der Menschen des Südens auf Bewegungsfreiheit nicht achten.



IBRAHIM MANZO DIALLO
gibt die Onlinezeitung *Air Info* heraus und leitet das *Privatradio Sahara Fm*. Außerdem arbeitet er als

Berater.
airhorizoncom@yahoo.fr

Ugandas offene Türen



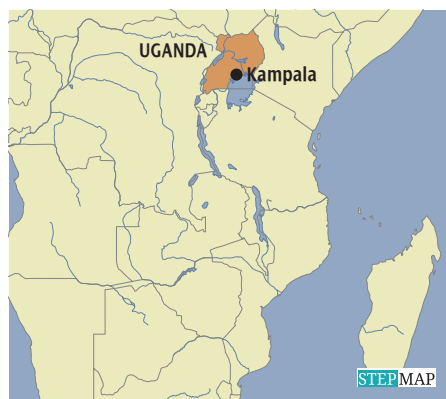
Südsudanesischer Junge im Flüchtlingslager Palorinya, Uganda.

Obwohl Uganda ein armes Land ist, sind seine Türen offen für Geflüchtete. Die meisten kommen aus dem Nachbarland Südsudan, wo bewaffnete Auseinandersetzungen Menschen vertreiben.

Von Ochan Hannington

Von den 68,5 Millionen Vertriebenen weltweit haben mehr als eine Million in Uganda Zuflucht gesucht. Laut UN-Statistiken sind rund 800 000 von ihnen Südsudanesen. Seit dem Beginn der aktuellen Krise im Südsudan 2013 hat ihre Zahl drastisch zugenommen. Einige kleine Dörfer in Norduganda wuchsen innerhalb weniger Monate zu mit den größten Flüchtlingslagern der Welt an und beherbergen nun insgesamt rund eine halbe Million Menschen.

Geriga Charles ist einer dieser südsudanesischen Geflüchteten. Der 44-Jährige und seine 15-köpfige Familie leben im Flüchtlingslager Suwinda-Bidibidi. Sie überleben dank der mageren Essensratio-



nen für Flüchtlinge und schlafen in Hütten aus Zweigen, Lehm und Gras – ein typischer Anblick in den Flüchtlingslagern in Uganda. Sie kamen in der zweiten Jahreshälfte 2016, zum Höhepunkt des jüngsten gewaltsamen Konfliktes im Südsudan, der die gesamte Region Equatoria im Süden des Landes in Mitleidenschaft zog. Charles hätte auch in die Demokratische Republik Kongo fliehen können, die seinem Zuhause näher lag, aber er führte seine Familie stattdessen nach Uganda. „Uganda ist freundlich gegenüber Geflüchteten. Hier ist Frieden; wir können uns frei im Land bewegen. Und es gibt eine gute Ausbildung für unsere Kinder“, erklärt er seine Wahl.

Charles betrachtet Uganda als seine zweite Heimat. 1993 suchte er das erste Mal hier Schutz, während des Bürgerkrieges im Sudan, als Südsudan noch nicht unabhängig war. Damals floh er mit seinem Vater und mit nichts mehr als der Kleidung an seinem Leib. Als der Konflikt in seiner Heimat 2016 wieder aufflammte, waren Charles und seine Familie gezwungen, von einem Dorf ins nächste zu ziehen, um den verschiedenen bewaffneten Gruppen auszuweichen. Aber sich im Busch zu verstecken bedeutete keine Sicherheit, sagt Charles – und es war für ihn unmöglich, weiterhin als Bauer zu arbeiten. „Wenn die Kämpfe heftiger werden, gibt es nichts mehr zu essen, wir können nicht mehr auf unsere Felder und haben keine medizinische Versorgung; uns bleibt nur noch zu fliehen“, erklärt er.

Es war schwierig, das umkämpfte Gebiet zu verlassen. Charles kann nur an Krücken gehen, weil er als Kind Polio hatte. Diese Behinderung macht ihn zu einem leichten Opfer für marodierende Milizen. Aber die Familie schaffte es, die Grenze zu

Uganda zu überqueren. Charles ist dankbar, dass sie nun in Sicherheit sind und hat vor, so lange zu bleiben, bis sich die Sicherheitslage im Südsudan verbessert.

WENIGE ALTERNATIVEN

Maliko Hellen vom International Rescue Committee in Norduganda hilft Geflüchteten wie Charles, zu überleben und sich von dem Schock zu erholen. Sie ist froh, dass viele ihrer Klienten nicht zu lange im Südsudan geblieben sind und mit den bewaffneten Gruppen Verstecken gespielt haben. „Viele Geflüchtete erzählen mir, dass sie flohen, bevor die Kämpfe ihre Dörfer erreicht hatten. Sie wussten von der angespannten Lage, nahmen den schlimmsten Ausgang vorweg und verließen ihr Zuhause, bevor es dazu kommen konnte.“ Hellen fügt hinzu, dass diejenigen, die zurückblieben, nicht viele Möglichkeiten hatten – entweder mussten sie sich den bewaffneten Gruppen anschließen, die in ihre Dörfer einfielen, oder sie riskierten, getötet zu werden.

Laut der London School of Hygiene and Tropical Medicine standen fast 400 000 Todesfälle im Südsudan zwischen Dezember 2013 und September 2018 im Zusammenhang mit der Krise. Aus dem Land zu flüchten, ist somit eine kluge Entscheidung.

Diese Wahl traf auch die 56-jährige Vicky Nyoka: Sie hatte einen Schusswechsel zwischen Regierungs- und Oppositionstruppen überlebt und wollte „kein Risiko mehr eingehen“. Nyoka, eine Witwe, floh im Dezember 2016 zu Fuß aus dem Südsudan, zusammen mit ihren sechs Kindern und noch drei weiteren, die sie unterwegs auffas. Die drei waren von ihren Eltern auf der Flucht getrennt worden und hatten keine Hoffnung mehr, ihre Verwandten je wiederzusehen. 2017 beging eines dieser Kinder Selbstmord.

Nyoka erinnert sich an den Moment, als sie die blauen und weißen Zelte des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR jenseits der Grenze in Uganda sah und wusste, dass ihr furchtbarer Marsch vorbei war und ein besseres Leben auf sie wartete. „In Uganda gibt es Freiheit. Andere Länder sperren Flüchtlinge ein als wären sie Tiere“, sagt sie.

Thijs Van Laer von der International Refugee Rights Initiative (IRRI) meint, es sei absolut „sinnvoll“ für Leute wie Charles und Nyoka, Uganda anderen Nachbarländern vorzuziehen. „Das erste Kriterium ist geo-

graphische Nähe. Aber die Tatsache, dass Geflüchtete hier in Uganda relative Freiheiten genießen und von UNHCR und NROs unterstützt werden, ist natürlich ein weiterer Grund.“

Ugandische Gesetze von 2006 und 2010 garantieren Geflüchteten Schutz und Freiheit ebenso wie Eigentumsrechte, Bewegungsfreiheit, das Recht zu arbeiten und Zugang zu Dienstleistungen. Laut Weltbank und UNHCR bieten diese Leistungen Geflüchteten die Möglichkeit, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen und unabhängig zu sein.

KEINE SICHERHEIT

Nach Einschätzung von Eujin Byun vom UNHCR-Büro in Juba hat sich der Konflikt im Südsudan beruhigt. Die „spontanen Konflikte“ in einigen Gegenden des Landes seien jedoch „beunruhigend“, und dies halte Flüchtlinge davon ab, zurückzukehren. „Ein wichtiger Grund, warum sie geflohen sind, war die Unsicherheit. Südsudanesische Geflüchtete in verschiedenen Ländern brauchen eine Garantie bezüglich Sicherheit, sonst trauen sie sich nicht zurückzukehren.“ Das heißt, es könnte lang dauern, bevor sie „das Narrativ der Repatriierung“ annehmen, sagt Byun.

Sie befürchtet, dass noch mehr Südsudanesen nach Uganda fliehen werden, wenn nicht bald Normalität einkehrt. „Das Problem der Nahrungsunsicherheit wird immer ernster. Wenn Bauern nichts anbauen können, weil sie sich im Busch verstecken müssen, können sie nichts ernten. Deswegen haben sie keine andere Wahl, als Nahrung in anderen Ländern zu finden.“ Rund 80 Prozent der südsudanesischen Bevölkerung lebt in ländlichen Gegenden im Süden des Landes. Die meisten Haushalte sind auf Subsistenz-Ackerbau angewiesen.

Obwohl die großen Konfliktparteien 2018 einen Friedensvertrag unterzeichnet haben, gibt es nach wie vor verfeindete bewaffnete Gruppen im Südsudan. Diese Gewalt ist eine Gefahr für Zivilisten. Bis sich die Lage beruhigt, haben Geflüchtete zu viel Angst, zurückzukehren.



OCHAN HANNINGTON
ist ein südsudanesischer Journalist, Fotograf und Filmemacher. Er lebt momentan in Uganda.
hannington.a.o@gmail.com

Selbst entscheiden, ob migrieren und wohin

Seit einigen Jahren ist das Thema Klimawandel und Flucht im Bewusstsein von Politik und Öffentlichkeit. Der Juraprofessor Walter Kälin setzt sich seit langem dafür ein, es auf die internationale Agenda zu bringen, erst in der Nansen-Initiative und heute in der Plattform on Disaster Displacement. Er erläutert im Interview, welche Herausforderungen es gibt und was getan werden muss.

Walter Kälin im Interview mit Sabine Balk

Sind Klimaflüchtlinge als solche anerkannt?
Nein, Klimaveränderungen sind kein anerkannter Fluchtgrund, zumindest nicht im Rahmen des internationalen Rechts. Im neuen globalen UN-Migrationspakt gibt es aber ganz viel zum Thema, da sind Klimawandel und Naturkatastrophen als eine Migrationsursache anerkannt, zu finden etwa in den Zielen 2 und 5. Der Begriff Klimaflüchtling wird in der internationalen politischen und juristischen Diskussion aber immer weniger verwendet. Da wird von Katastrophenflucht gesprochen.

Warum?

Die Erkenntnis, dass der Klimawandel meist nicht die einzige Fluchtursache ist, sondern dass Fluchtbewegungen immer multikausal sind, setzt sich zunehmend durch. Zudem ist es oft sehr schwierig, den Zusammenhang zwischen einem bestimmten Wetterereignis und dem Klimawandel nachzuweisen. Es gibt einzelne Beispiele, wo Wissenschaftler ganz klar einen Zusammenhang herstellen können, aber ganz oft gelingt das nicht. Zudem können auch geophysikalische Ereignisse zur Flucht führen wie etwa das Erdbeben in Haiti 2010 oder 2015 in Nepal. In beiden Fällen gab es sehr viel grenzüberschreitende Flucht. So etwas wird durch den Begriff Klimaflüchtling nicht ausreichend abgebildet.

Aber was ist mit den Menschen, die ihre Heimat wegen schleichender Umweltveränderungen wie Dürren, Versalzung der Felder et cetera verlassen?

Plötzlich eintretende Ereignisse und schleichende Veränderungen greifen meist ineinander. Nehmen Sie Somalia, dort kam es

nach einer jahrelangen Dürreperiode 2011/12 innerhalb kurzer Zeit zu einer Hungersnot, welche massive Fluchtbewegungen auslöste. Innerhalb weniger Monate ist die Situation gekippt, und in Verbindung mit der anhaltenden kriegerischen Gewalt in Teilen des Landes ist daraus eine Katastrophe geworden. Die Wechselwirkung zwischen plötzlichen und schleichenden Naturereignissen zeigt sich auch bei den gefährdeten Inselstaaten im Südpazifik und anderswo.

Wie will die Plattform on Disaster Displacement (siehe Artikel der Plattform im Schwerpunkt E+Z/D+C e-Paper 2017/04) diese Probleme konkret lösen?

Wir propagieren ein Konzept mit drei Interventionsmöglichkeiten:

- Menschen helfen, zu bleiben, wo sie sind: verstärkte Maßnahmen der Anpassung an den Klimawandel und Katastrophenrisikominderung vor allem in Gebieten oder Gemeinschaften mit erhöhtem Fluchtrisiko.
- Ermöglichung regulärer Migration oder geplante Umsiedlungen: also helfen, wegzugehen, bevor es zur Katastrophe kommt.
- Für die Menschen, denen diese Maßnahmen nicht helfen und die vertrieben wurden, müssen Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Dies gilt für Vertriebene innerhalb eines Landes und für die, die Grenzen überschreiten.
- Dieses Konzept der drei Interventionsmöglichkeiten ist nun im UN-Migrati-

Schutz für Katastrophenvertriebene

Die Plattform on Disaster Displacement ist eine Initiative von Staaten, welche sich für den Schutz von Menschen einsetzt, die durch Klimaveränderungen und Naturkatastrophen zu Vertriebenen wurden. Dabei stützt sie sich auf die Schutzagenda für Katastrophenvertriebene, die auf der Basis regionaler Konsultationen von der 2011/12 ins Leben gerufenen

multilateralen Nansen-Initiative erarbeitet wurde. 2015 konnte sie mit der Unterstützung von 109 Staaten verabschiedet werden.

Die Plattform wurde anlässlich des Humanitären Weltgipfels 2016 vom damaligen deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier lanciert, um die Arbeit der Nansen-Initiative (siehe Beitrag von Sabine Balk im

Schwerpunkt E+Z/D+C e-Paper 2017/4) weiterzuführen. Der erste Vorsitzende war Deutschland, das durch Bangladesch abgelöst wurde. Der nächste Vorsitzende wird Frankreich sein.

Die Plattform hat das Ziel, die Schutzagenda in die internationalen Prozesse einzubringen. Sie hat maßgeblich dazu beigetragen, dass das Thema Flucht und Vertreibung im Kontext von Klimawandel und Katastrophen Eingang in den UN-Migrationspakt, den Sendai Aktionsplan für Katastrophenrisikominderung und die Kli-

maverhandlungen von Paris gefunden hat. In Paris wurde beschlossen, dass eine Task Force on Climate Change and Displacement eingesetzt wird, an der die Plattform auch mitwirkt.

Die Plattform ist auf regionaler Ebene vor allem in Lateinamerika, Ostafrika und dem Südpazifik tätig. Sie wird maßgeblich von Deutschland finanziert. (wk)

LINK

Plattform on Disaster Displacement:

<https://disasterdisplacement.org/>



Die Menschen auf den Fidschi-Inseln möchten keine Flüchtlinge aufgrund des Klimawandels werden. Die Regierung hat bereits Pläne, Menschen aus gefährdeten Gebieten umzusiedeln.

onspakt von den Staaten anerkannt und verankert worden. Sie erkennen daran, dass das Thema wirklich stark vorangeschritten ist im Vergleich zu vor zwei Jahren. Wir haben jetzt die richtigen Texte.

Welche Pläne gibt es zu Umsiedlungen?

Fidschi hat Pläne, eigene landesinterne Umsiedlungen vorzunehmen. Es gibt auch Pläne über Landesgrenzen hinweg, die aber noch nicht ausgereift sind. Kiribati hat auf Fidschi ein Stück höher gelegenes Land gekauft. Das stellt im Zusammenhang mit dem Klimawandel einen Präzedenzfall dar. Das Land könnte für Umsiedlung gebraucht werden, oder es könnte landwirtschaftlich genutzt werden, um die Nahrungsmittelversorgung zu garantieren. Dies wird durch die Versalzung immer schwieriger. Im Pazifik wird der Ansatz verfolgt, Migrationsmöglichkeiten zu eröffnen. Die Menschen sollen selber entscheiden können, wann und wohin sie gehen wollen. Auch temporäre Migrationsmöglichkeiten werden erwogen, die die Menschen nutzen können, um ihre eigene Resilienz zu stärken und somit länger bleiben zu können.

Gibt es da bereits konkrete Beispiele?

Ja, Australien und Neuseeland haben spezifische Programme für pazifische Inselstaaten, welche Menschen erlauben, für einige Monate Arbeitsvisa zu erhalten. Mit

Ausbildungsmaßnahmen und Unterstützung wird diesen Menschen geholfen, das verdiente Geld zu Hause so zu investieren, dass ihren Familien und Gemeinschaften trotz zunehmend schwieriger Lebensumstände geholfen wird, zumindest in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor Ort zu bleiben. Ein Mann aus Samoa hat erzählt, dass jedes Jahr 20 bis 25 jüngere Männer aus seinem Dorf nach Australien zum Arbeiten gehen. Dort verdienen sie in sechs Monaten sieben Mal das Jahreseinkommen, das sie im Dorf haben. Das ist sehr positiv für die Gemeinschaft. Das Geld wurde zum Beispiel dafür investiert, Häuser sturmfest zu machen und Wirtschaftsaktivitäten aufzubauen.

Wir selbst von der Plattform werden in den nächsten drei Jahren von der Europäischen Kommission dabei unterstützt, zusammen mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und anderen Partnern im Pazifik solche Ansätze zu verstärken. Es ist wichtig, sich bereits heute darüber Gedanken zu machen, wie temporäre und später auch permanente Migration ermöglicht wird, statt zu warten, bis die Menschen Flüchtlinge und damit zu einem humanitären Problem werden. Das ist eine klare Botschaft vieler Menschen im Pazifik: Sie wollen keine Flüchtlinge werden. Sie möchten die Möglichkeit haben, geregelt weggehen zu können und nicht in einem Flüchtlingslager zu enden.

Wie sieht es in Afrika bezüglich geregelter Migration aus?

In Afrika ist die Situation anders. Ich habe Somalia genannt. Ostafrika kennt sehr viele Dürren, aber auch Überschwemmungen – da kommt es regelmäßig zu Fluchtbewegungen. Weil sich Klimawandel und andere Umweltfaktoren oft mit Konflikten überlagern, sind die Kausalitäten komplex. In Ostafrika geht es hauptsächlich um den Schutz von Binnenvertriebenen. 2017 beispielsweise mussten in Somalia wegen der Dürre mehr als eine Million Menschen ihre Dörfer verlassen oder ihre Lebensweise als Wanderhirten aufgeben, um dem Hunger zu entkommen. Die meisten konnten nicht zurückgehen und leben immer noch in somalischen Städten in Lagern oder in irregulären Siedlungen. Um für diese Menschen dauerhafte Lösungen zu finden, muss erheblich investiert werden.

Immerhin konnten diese Menschen im eigenen Land Zuflucht finden. 2011/12 war das anders, als Kenia, Äthiopien und andere ostafrikanische Staaten rund 300 000 Flüchtlinge aus Somalia aufnahmen. Dabei stützten sie sich auf die Flüchtlingskonvention der Organisation für Afrikanische Einheit von 1969, welche für Menschen gilt, die ins Ausland flüchten. Diese Konvention erkennt als Fluchtgründe nicht nur Verfolgung und Bürgerkriege an, sondern auch Ereignisse, welche wie Katastrophen die öffentliche Ordnung ernsthaft stören. In Westafrika gibt es ein Abkommen über freien Personenverkehr der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS). Davon profitieren meist auch die Menschen, welche wegen Dürren oder Überschwemmungen zu Hause kein Auskommen mehr finden und temporär in Nachbarstaaten arbeiten. So können sich die Menschen oft durch Migration selbst helfen.



WALTER KÄLIN
ist Gesandter der
Präsidenschaft der Plattform
on Disaster Displacement und
emeritierter Professor für

Staats- und Völkerrecht der Universität Bern.
walter.kaelin@oefre.unibe.ch

LINK

UN, 2018: Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration.
http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/73/195

Hoffen auf eine bessere Zukunft

Selten war Honduras so oft in der Presse wie in den vergangenen Monaten. Nicht die Proteste der Bevölkerung gegen die korrupte Regierung oder die Morde an Menschenrechtsverteidigern haben eine solche Aufmerksamkeit erregt, sondern die Karawanen tausender Männer, Frauen und Kinder aus Honduras. Sie haben sich zusammengeslossen, um ihr Land zu verlassen mit dem Ziel USA.

Von Rita Trautmann und Dennis Muñoz

Der Weg ist weit und gehört zu einer der gefährlichsten Migrationsrouten der Welt. Überfälle, Entführungen, Erpressungen und Verschwindenlassen sind einige der Gefahren. Drogenkartelle und Jugendbanden machen ein Geschäft mit den Menschen auf der Flucht. Eine Flucht mit ungewissem Ausgang, denn kurz vor dem Ziel liegt eine sehr gut bewachte Grenze. In Honduras weiß man das alles, und trotzdem machen sich die Menschen auf den Weg. „Wir fliehen aus Armut und wegen der Regierung“, sagt ein 35-Jähriger, „und wir fliehen auch wegen der Kriminalität“.

Hoffnungslosigkeit treibt die Menschen aus dem Land. Honduras ist eines der ärmsten Länder Lateinamerikas. In den vergangenen vier Jahren ist der Anteil der Armen in der Bevölkerung auf fast 66 Prozent gestiegen. Aber das ist nur eine von vielen Fluchtursachen. Hinzu kommen ein korruptes politisches System, das den Eliten, aber nicht der Bevölkerung dient, eine gescheiterte Sicherheitspolitik, fehlende Arbeitsplätze und eine Wirtschaftspolitik, die auf die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen statt auf Landreformen setzt.

Korruption ist parteiübergreifend und zieht sich durch alle Bereiche. 2015 wurde einer der größten Skandale aufgedeckt, bei dem dem Sozialversicherungsinstitut Millionen von Lempira für die Wahlkampagne der damals wie heute regierenden Nationalen Partei entwendet wurden. Dies löste eine Protestwelle in der Bevölkerung aus. Auf die Forderung, eine Anti-Korruptions-Mission ähnlich der Kommission CICIG in Guatemala



Migranten-Karawane aus Honduras auf einer Autobahn in El Salvador im Januar 2019. Die Menschen versuchen, zu Fuß in die USA zu gelangen.

la einzuberufen, antwortete die Regierung mit der Unterstütmismission gegen Korruption und Straflosigkeit (MACCIH). Sie steht nicht wie die Kommission in Guatemala unter der Schirmherrschaft der UN, sondern ist bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) angesiedelt.

GEFÄHRDETE KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

Obwohl die MACCIH nicht selbst ermitteln darf, sondern die Generalstaatsanwaltschaft lediglich unterstützt, hat sie einige Steine ins Rollen gebracht. Die Wirkung ihrer Arbeit lässt sich auch daran messen, wie stark die Mission von der Regierung und den Eliten behindert und angefeindet wird. Aktuell ist die MACCIH in ihrer Existenz so stark gefährdet wie noch nie. Im Herbst 2019 müsste die Vereinbarung dazu zwischen der Regierung von Honduras und der OAS verlängert werden.

Offiziell gibt es keine Aussagen seitens der Regierung, aber immer wieder werden von Staatsfunktionären und Abgeordneten der Nationalen Partei Verlautbarungen bekannt, die das Ende der MACCIH nahelegen. So sagte beispielsweise der Präsident des Obersten Gerichtshofes kürzlich, dass er die Aufgabe der Mission als erfüllt ansehe. Viele der im vergangenen

Jahr aufgedeckten Fälle werden jedoch bis Ende 2019 nicht komplett bearbeitet sein. Zu groß sind die Netzwerke von Scheinfirmen, Scheinorganisationen und Abgeordneten, die systematisch den Staat schröpfen – ob im Gesundheitswesen oder im Landwirtschaftsministerium, um nur zwei Fälle zu nennen.

Die Regierung von Präsident Juan Orlando Hernández hat in den vergangenen Jahren alle Institutionen im Staat unter die Kontrolle der Regierungspartei gebracht. Die kürzlich durchgeführten Reformen der Wahlgesetze blieben weit hinter dem Notwendigen zurück und sind eher Schönheitsreparaturen als tatsächliche Änderungen hin zu transparenten Wahlen. Die Krise nach den Wahlen im November 2017 hat deutlich gemacht, wie nötig eine Reform wäre und wie satt es die Bevölkerung hat, nicht ernst genommen zu werden. Die Regierung bemüht sich zwar sehr, ihre Politik als Erfolg darzustellen, aber die Bevölkerung ist weder von der Sicherheits- noch von der Wirtschaftspolitik überzeugt.

GESCHEITERTE POLITIK

Auch das Justizsystem versagt. Ein Indiz dafür ist die Straflosigkeit vieler Täter: 94 Prozent der Morde allgemein und 97 Prozent



der Morde an Frauen (Femizide) bleiben straffrei. Die Femizidrate geht kontinuierlich nach oben. Dies ist ein Grund dafür, dass auch immer mehr Frauen Honduras verlassen. Eine von ihnen, Joselyn, begründet ihren Weg in die USA mit der Unsicherheit und Perspektivlosigkeit im Land: „Es gibt keine Arbeit, und wenn einer Arbeit hat, was dann? Der Lohn reicht nicht, um satt zu werden, und die Mareros (Anm. der Red.: Jugendbanden) nehmen davon noch Schutzgeld.“

Nur ein kleiner Teil der rund vier Millionen arbeitsfähigen Menschen hat einen Job. Die Regierung setzt auf Rohstoff- und

Energiegewinnung zu Lasten indigener und ländlicher Gemeinden. Fast 40 Prozent der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft, davon die Mehrheit in der Subsistenzwirtschaft. Ihre Existenzgrundlage ist gefährdet. Ein knappes Drittel der Landesfläche sind bereits per Konzessionen an Unternehmen vergeben. Viele Gemeinden setzen sich gegen diese Projekte zur Wehr. Doch sie werden bedroht und kriminalisiert. Unter der aktuellen Regierung hat die Kriminalisierung sozialer Proteste zugenommen, und der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft wird stetig eingeschränkt. Allein im Jahr 2018 wurden mehr als 130 Menschenrechtsverteidiger angezeigt, und die Nichtregierungsorganisation COFADEH registrierte mehr als 700 Fälle von Bedrohungen.

Prekarisierung, Unterbeschäftigung und informelle Arbeit prägen die Lebenssituation vieler Honduraner. Hinzu kommt, dass knapp eine Million junger Menschen zwischen 12 und 30 Jahren weder zur Schule oder Hochschule geht noch arbeitet (siehe Beitrag von Rita Trautmann in E+Z/D+C e-Paper 2018/11, Schwerpunkt). Wer nicht von den Jugendbanden rekrutiert werden oder keine Belastung für seine Familie sein möchte, sucht sein Glück in den USA.

Dies ist erschreckend und legt die Vermutung nahe, dass es für die Regierung

von Honduras rentabler ist, dass eine große Zahl von Menschen migriert und durch sie Rücküberweisungen ins Land kommen. Doch von den Tausenden aus den Karawanen seit Ende 2018 wird es nur ein kleiner Teil schaffen, sich in den USA ein neues Leben aufzubauen.

Migration aus Honduras in die USA gibt es seit Jahrzehnten. Neu ist die kollektive und damit sichtbare Auswanderung. Sie führt der Welt deutlich das Versagen der Regierung und ihrer Institutionen vor Augen.



RITA TRAUTMANN
ist Ethnologin. Sie war als
Fachkraft für den Deutschen
Entwicklungsdienst in
Honduras tätig und ist

seit 2011 in der Menschenrechtsarbeit zu Honduras aktiv. Die Originalzitate im Text stammen aus Interviews, die der Journalist Martin Reischke geführt und freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat.
trari@protonmail.com



DENNIS MUÑOZ
ist Menschenrechts-
verteidiger und arbeitet
seit Jahren zu Korruption
und Straflosigkeit.

Momentan lebt er im Exil.
munozdennishn@gmail.com

Klima der Angst und Gewalt

Honduras gehört neben El Salvador und Guatemala zur Region des sogenannten nördlichen Dreiecks. Diese Region ist durch die Drogenkriminalität weltweit eine der gefährlichsten Regionen, in denen kein Krieg herrscht. Für die Regierungen dieser Länder ist die Sicherheitspolitik ein wichtiges Thema.

Honduras' Staatspräsident Juan Orlando Hernández setzt auf Militarisierung. Seit

2013 schuf er verschiedene militärische Spezialeinheiten, eine Militärpolizei und eine marodierende Polizei, die durch eine Sonderkommission geführt wird und seit Jahren in einem sogenannten „Säuberungsprozess“ steht. Sie wird immer mehr von der Militärpolizei verdrängt.

Im Staatshaushalt schlägt sich die Militarisierung gravierend nieder: Im Zeitraum von 2011 bis 2017 stiegen die Ausga-

ben für Sicherheit und Verteidigung um 112 Prozent. Allein 2018 wurden mehr als 6,6 Millionen Dollar für den Einkauf von Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen für das Militär ausgegeben. In den fünf Jahren, in denen diese Sicherheitsstrategie Anwendung gefunden hat, ist laut offiziellen Statistiken die Mordrate zurückgegangen.

Doch die Mordrate ist nur die Spitze des Eisberges und hinsichtlich der allgemeinen Sicherheitslage nur bedingt aussagekräftig. Honduras ist

Durchgangsland für Drogen, die aus Kolumbien in die USA gelangen. Drogenkartelle sind mit den Wirtschaftseliten und der Regierung verbandelt. Deshalb wird auch nicht wirksam gegen Drogenkriminalität vorgegangen. Es herrscht ein Klima der Angst und Gewalt, das viele Menschen beeinträchtigt. Massaker haben zugenommen. Überfälle und Erpressungen von Kleinunternehmern vor allem im Transportsektor sind gestiegen, und vor Schutzgelderpressungen ist niemand sicher. (rt/dm)

Besuchen Sie
unsere Website
unter www.DandC.eu



www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

Startseite Newsletter E+Z abonnieren Über uns Impressum English

DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

KIRCHE UND STAAT

Prophezeiungen und Zeugnis



Aktuelles e-Paper



25.03.2019 – von Jeffrey Moyo

Bees against deforestation

Beehives in Zimbabwe's forests keep people from cutting down trees



24.03.2019 – von Naheed Pajgram

Ausgegrenzte Regierung

Die Verhandlungen der US-Regierung mit den Taliban ohne die afghanische

Aktuelle Blog-Beiträge

- Blog will continue in our Opinion section
- Why sovereignty must be pooled

Folgen Sie uns

